Angehörigen Info

C 10190 28.11.1997 Preis: 3,00 DM **201**

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD

„Unsere ganze Kraft gilt dem Ziel, das Leben der Gefangenen zu verteidigen und ihre Freilassung zu erreichen“

Am 18.11.1997 ließ das Oberlandesgericht Stuttgart per Presseerklärung verbreiten, es prüfe derzeit eine „vorzeitige Freilassung“ von Adelheid Schulz, Sieglinde Hofmann und Christian Klar.

Parallel dazu schreibt Gerd Rosenkranz im *Spiegel* Nr. 47 vom 17.11.1997, Helmut Pohl habe „heimlich“ einen Gnadenantrag gestellt und suche „eine individuelle Lösung“, während „die linken Bataillone über die Folgen der Isolationsfolter (lamentieren)“ und „den Staat der fortdauernden Vernichtungshaft (zeihen) ...“

Beide Meldungen haben vor allem die Funktion der gezielten Desinformation und Desorientierung , um Verwirrung und Entsolidarisierung zu stiften.

Der Charakter dieser Manipulation wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß die Bundesanwaltschaft parallel zur Presseerklärung des Oberlandesgerichts je 19 Jahre Haft gegen Adelheid Schulz und Sieglinde Hofmann und 26 Jahre (!) gegen Christian Klar beantragt hat. Für Christian Klar würde das bedeuten, noch weitere elf Jahre den zerstörerischen Sonderhaftbedingungen ausgesetzt zu sein; für Adelheid Schulz, deren sofortige Freilassung wir seit längerem aufgrund ihrer äußerst schweren Erkrankungen fordern, würde es noch weitere vier Jahre Haft bedeuten und für Sieglinde Hofmann weitere eineinhalb Jahre Haft.

Helmut Pohl kämpft seit neun Jahren um adäquate medizinische Behandlung. Anfang Januar hat er einen Gnadenantrag in Abstimmung mit den anderen Gefangenen gestellt, und nun will ausgerechnet Gerd Rosenkranz die Linke auf den Pfad einer Ideologiedebatte führen. „Darf“ ein Gefangener, „darf“ Helmut Pohl einen Gnadenantrag stellen, während Freunde und Angehörige die Vernichtungshaft beim Namen nennen und die Freilassung der Gefangenen aus der RAF fordern. Daraus einen Widerspruch zu machen, darauf muß erst mal einer kommen. Der Gnadenantrag ändert nichts an der Tatsache der vernichtenden Haftbedingungen, wie Rosenkranz es im Spiegel suggerieren will.



Wir, die Angehörigen, haben immer wieder konkret die Situation der Gefangenen benannt, wie ernst die Situation inzwischen ist, zu welchen schweren Erkrankungen die Sonderhaftbedingungen geführt haben, insbesondere bei Helmut Pohl und Adelheid Schulz. Unsere ganze Kraft gilt dem Ziel, das Leben der Gefangenen zu verteidigen und ihre Freilassung zu erreichen.

Wir Angehörigen fordern alle Menschen aus dem In- und Ausland, die in den letzten Wochen und Monaten unsere Forderung nach sofortiger und bedingungsloser Freilassung der Gefangenen aus der RAF solidarisch unterstützt haben, auf, sich nicht von den aktuellen Medienberichten desorientieren zu lassen und mit uns zusammen unsere Anstrengungen zu vermehren, damit wir dieses Ziel erreichen.

28.11.1997

Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD

Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, Postfach 1205, 55002 Mainz, Fax (0 61 31) 60 42 32

Bild: Transparent vor der Roten Flora, HH

Zwischenmeldung von „FREIHEIT JETZT“

Alle großen Tages- und Wochenzeitungen weigerten sich, unseren „Dringenden Appell für die sofortige bedingungslose Freilassung der Gefangenen aus der RAF“ als bezahlte Anzeige anzunehmen.

Neulich war eine Meldung, daß Telekom nach einer „Panorama“-Kritik an ihren Aktiendeals sämtliche Werbeaufträge bei der ARD stornierte. Chrysler in den USA inseriert nur in Blättern, bei denen die Artikel zuvor die Konzern-Zensur durchlaufen. Das Kapital diktiert das öffentliche Wort. Die *FR* lehnt unseren Appell aus „grundsätzlichen Erwägungen“ ab, die *NZZ* „nach Rücksprache mit der Geschäftsleitung“. Medienmanipulation, die die Realität der Menschen zwar bestimmt, sie aber nicht weniger bitter macht. Die Bullenschläge tun nicht weniger weh, die Mieten werde nicht billiger, die Freunde nicht mehr, die Luft nicht besser, die Kriege nicht weniger, das eigene Leben nicht freudvoller.

Deshalb greifen auch die Spaltungsversuche von *Spiegel* und *TAZ* nicht.

Helmuts Entscheidung und unsere Initiative sind beides eigenständige Handlungen.

Uns eint der Wille, diese unerträglichen Verhältnisse aufzubrechen, der Wille zur Freiheit.

Darauf gründet unsere Solidarität.

So bekamen wir auf unsere Veröffentlichungen des Appells bisher mehr als 700 Briefe + Faxe sowie Unterschriftensammlungen aus einigen Städten hier, aus Dänemark, Portugal, Katalonien und Cuba.

Dieses Echo ist vor dem Hintergrund der Blockade der großen Zeitungen ermutigend. Aus allen Teilen dieser Gesellschaft und aus allen Ecken dieses Landes kamen die Forderungen nach Freilassung und Zeugnisse der Solidarität mit den Gefangenen.

Viele RentnerInnen (vor allem aus der ehemaligen DDR) unterschrieben den Appell, ebenso viele Schüler- und StudentInnen. ÄrztInnen und Maurer, Wissenschaftler und Verkäuferinnen, Künstler und Arbeitslose schrieben uns. Ebenso Gefangene aus verschiedenen Knästen, zum Teil schickten sie auch Listen mit Unterschriften (Bochum); es gab Straßensammlungen (z.B. in Jena), und wir bekamen Einladungen zu Veranstaltungen, Festen, Parteitagen usw.

Hier einige Stimmen:
Die Erklärung von Carlebach und der Brief von palästinensischen Freunden waren im Oktoberheft des Angehörigen Infos.

Hans und Tosca Lebrecht, Tel Aviv:
Hans ist Vorsitzender des Verbandes der Antifaschisten und Opfer des Nazismus in Israel und Vizepräsident der Internationalen Föderative der Widerstandskämpfer (FIR):

„Wir sind sehr beeindruckt von der Standhaftigkeit Eurer Solidarität mit den in den Gefängnissen des Unrechtsstaates BRD schmachtenden Genossen und deren Angehörigen.

... Auch wenn unsere Ansichten teilweise auseinandergehen, haben unserer Meinung nach Menschen, die aus politischen Gründen wegen ihrer linken Weltanschauung unter die Räder der Klassenjustiz gekommen sind, ein Anrecht auf Solidarität und Unterstützung. Deshalb unterschreiben wir gerne Euren Appell ... mit dem Zusatz unserer Bemerkung „unterzeichnet aus humanitären Gründen“.

Eine Zuschrift nach der Veröffentlichung:
„Ich bin Leser des Angehörigen Infos und wünsche nichts mehr als die Freiheit für alle politischen Gefangenen.“

Verband der StudentInnen aus Kurdistan:
„Selbstverständlich unterstützen wir als Verband den Appell. Wir sehen die Unterstützung dieser Kampagne als eine Verpflichtung von Gruppen, Verbänden, Parteien und anderen Organisationen, die sich als internationalistisch begreifen.“

Dr. Christoph Spehr, Historiker, Erstunterzeichner:
„Die Geschichte und ihr Fortgang läßt sich nicht einknasten - auch wenn manche das möchten.“

Ein jungeWelt-Leser aus Würzburg:
„Ich beziehe mich auf Christa Klars ‚Ewiger deutscher Winter für die Gefangenen‘ in der jW vom 20.10.97 und biete meine Unterschrift für die bedingungslose Freilassung der Gefangenen aus der RAF an. Der Frühling wird kommen.“

Ein Leser des Neuen Deutschland, Chemiefacharbeiter und Mitglied der Volkssolidarität:
„Auch ich bin für die bedingungslose Freilassung der Gefangenen aus der RAF. Man könnte/sollte ein neues Kapitel aufschlagen, da, so scheint mir, die Alt-BRD eine eigenartige Rechtsprechung hat.

Nazi-Richter wird nicht verfolgt.

Nach der Wende Alt-BRD-Gesetze/ Rechtsprechung bei DDR-Bürgern angewendet (Mauerschützen, Grenzer).

Mörder, die Grenzer der DDR erschossen haben, laufen noch frei herum. Meines Erachtens dürfte das westdeutsche Recht erst ab Einheit einsetzen. Oder?“

Herr Michalek, DDR-Fußballtrainer, Erstunterzeichner:
„Es ist genug! Gebt die RAF-Gefangenen frei und damit dem Leben zurück!“
Berlin, 22.11.97



Gesehen in Nürnberg ...

Adresse und Spendenkonto von FREIHEIT JETZT!:
FREIHEIT JETZT!
c/o Verlag Rote Säge
Falckensteinstr. 46
10997 Berlin
Fax: (0 30) 6 11 25 06
Spenden unter dem Stichwort: „Freiheit jetzt“: V. Braun, Konto-Nr. 641503121, BLZ 100 500 00, Berliner Sparkasse

Freiheit für die Gefangenen aus der RAF!

Hamburg

Rund 400 Menschen nahmen am 26. November an der Veranstaltung „Freiheit für die Gefangenen aus der RAF" teil, zu der die Rote Hilfe, Ortsgruppe Hamburg, eingeladen hatte. Die TeilnehmerInnen einer leider gleichzeitig stattfindenden Veranstaltung „Dialog statt Verbot" (gegen das PKK-Verbot) sandten eine Grußadresse, die eingangs verlesen wurde.

Zunächst begründeten vier Redner und Rednerinnen auf dem Podium die Forderung nach Freilassung unter verschiedenen Gesichtspunkten: Wienke Zitzlaff, Angehörige und lange in internationalen Zusammenhängen aktiv, berichtete über die in den letzten Jahrzehnten international geäußerte Kritik an den Haftbedingungen und der Behandlung der politischen Gefangenen in der BRD; Gabi Heinecke, Rechtsanwältin und Mitglied des Republikanischen AnwältInnen-Vereins, stellte die Initiative des RAV zur Aufhebung der bei der Bekämpfung der RAF geschaffenen Sondergesetze vor und arbeitete heraus, daß diese Sondergesetze einer Diktatur entsprechen; Gisela Wiese, Vizepräsidentin der katholischen Friedensbewegung Pax Christi, schilderte ihre Beobachtungen juristischer Vorgänge und gesellschaftlicher Begebenheiten, erst in der Schonung der Nazi-Mörder, dann in der brutalen Behandlung der Gefangenen aus der RAF; Jens Stuhlmann, Gefangener und bis vor kurzem Sprecher der Insassenvertretung von Santa Fu, berichtete über seine Erfahrungen, die er als linker Gefangener mit Isolationshaft und staatlicher Provokationspolitik gemacht hat.

Die Diskussion machte zwar einerseits die Probleme deutlich, die der Herausbildung einer wirklich kraftvollen Bewegung für die Freiheit der politischen Gefangenen entgegenstehen, zeigte aber auch ganz deutlich, daß immer noch - oder wieder? - viele Menschen bereit sind, für diese Forderung aktiv zu werden, wenn sie nur eine Möglichkeit sehen, wie. Einstimmig beschloß die Versammlung, den „Dringenden Appell" der Initiative „Freiheit Jetzt!" zu unterstützen und den Gefangenen ihre Solidarität zu übermitteln. 860 DM konnten zur Unterstützung der Unterschriftensammlung gesammelt werden, auch das ein Ausdruck dafür, daß die Kräfte, die die Forderung nach der Freilassung aller Gefangenen aus der RAF tragen, noch längst nicht ausgeschöpft sind.

Die Rote Hilfe lädt für den 10.12., 19.00 Uhr im Rahmen ihres Roten-Hilfe-Cafés alle ein, die in dieser Sache aktiv werden bzw. die verschiedenen Aktivitäten vernetzen möchten. Ort: Hamburg, Brigittenstr. 5.

Frankfurt

Auf seiner Sitzung am 2.11.1997 beschloß das 26. StudentInnenparlament der Fachhochschule Frankfurt einen Appell für die Freiheit für die Gefangenen aus der RAF, der im Wortlaut mit dem „Dringenden Appell" übereinstimmt.

Köln

Auf einer Veranstaltung, auf der für die Angehörigen-Gruppe Christa und Mathias über die Situation der Gefangenen, insbesondere von Helmut Pohl und Heidi Schulz berichteten, wurde folgende Resolution verabschiedet:

„Wir, ca. 70 TeilnehmerInnen der Veranstaltung zur Situation von Helmut Pohl und Heidi Schulz am 14.11.97 in Köln, fordern die sofortige Freilassung der Gefangenen aus der RAF. Die Vernichtungshaft muß endlich ein Ende haben. Wir fordern ebenfalls die Abschaffung aller Hochsicherheitstrakte!"

Die TeilnehmerInnen der Kölner Veranstaltung erklärten darüber hinaus:

„Wir, ca. 70 TeilnehmerInnen der Veranstaltung zur Situation von Helmut Pohl und Heidi Schulz am 14.11.97 in Köln, fordern ein Ende der Isolationshaft gegen den Gefangenen Ivan Jelinic. Er ist seit insgesamt über 5 Jahren in Isolation, seit über 2 Jahren am Stück. Isolationshaft ist Folter und gehört abgeschafft!"

Dazu dokumentieren wir aus einem Brief von Ivan Jelinic

Aus einem Brief von Ivan Jelinic

Bin ja schon seit einiger Zeit etwas erkrankt, und du wirst es nicht glauben, heute wär ich beinah auch ohne Nase geblieben; ich nehme den Brief, öffne ihn, gehe natürlich mit den Pupillen auf Zoom-Vergrößerung, will beim Öffnen ein paar Sauerstoffatome aus der Freiheit erwischen, da springt mir in dem Augenblick aus dem Umschlag (d)eine Muschel aus Venedig direkt auf die Nase. (Mein Glück, daß sie nicht zugebissen hat!) (;-) (eine auf der Seite liegende Sonne, die grinst!) (...)

Seit über 28 Monaten dauert die Folter jetzt an, mein neuer Rekord! - und mensch hat sich mit den unglaublichsten Schwierigkeiten auseinanderzusetzen auf allen Ebenen, und auch mit allem klarzukommen, das heißt auch mit den unabwendbaren Beeinträchtigungen, ist also verdammt schwer, sich der Vernichtung entgegenzustemmen; und wenn du in einem erfolgreichen Widerstand leisten kannst, stellst du im andern die angegriffenheit fest. Nach über fünf Jahren beginnt der Körper zu rebellieren, zwar erst mal auf eine recht witzige, aber dennoch ernste Weise; Mir fallen die Barthaare aus - flächendeckend. In ein paar Wochen werde ich nur noch eine Gesichtshälfte zu rasieren brauchen ... (mit Humor kann man sagen, ist doch ökonomischer! - zumal richtige Indianer sowieso bartlos sind.) Es wär auch kein Problem, wenns nur den Bart beträfe, aber vielleicht ist es eine ernstzunehmende Erkrankung, die sich vielleicht ganz ausbreiten wird? Kann ich nicht wissen. Hab schon einen Hautarzt beantragt, aber der kommt nicht. Wenns durch die Isolation verursacht ist, wird es später schön lange Zivilprozesse geben. Vielleicht ist es „nur" psychosomatisch, mal abwarten. Auf alle Fälle hab ich schon große Krokodile im Bauch deswegen.

Ja, es ist schon ganz schön heftig, was es alles gibt. Früher trugen die Henker Kapuzen, heute kann man ihre Gesichter öffentlich betrachten - die Arro(h)ganz, das Produkt maßloser kapitalistischer Gier nach Macht.

In Wahrheit hat die Macht trotzdem keine Gesichter, verstehst du das?

8.10.97, Ivan Jelinic

In eigener Sache

Der GNN-Verlag zieht Anfang Dezember um. Vom 8. Dezember haben wir eine neue Adresse, Telefon- und Faxnummer:

GNN-Verlag
Neuer Kamp 25
20359 Hamburg
Tel. (0 40) 43 18 88 20
Fax (0 4) 43 28 88 21

Das *Angehörigen Info* Nr. 202 erscheint aufgrund der gesetzlichen Feiertage 25./26.12. einige Tage später. Der Redaktionsschluß 21.12. ist unbedingt einzuhalten. Bitte neue Telefon- und Fax-Nummer beachten!

Hamburg

Medizinstudierende gegen Sonderhaftbedingungen

In Hamburg haben Aktivitäten des Fachschaftsrates Medizin für die Freilassung der politischen Gefangenen eine gewisse Tradition. Eine noch länger zurückreichende Geschichte hat allerdings das Universitätskrankenhaus Eppendorf selbst, das in den

70er Jahren mit Forschungen im Bereich der sensorischen Deprivation, sprich Auswirkungen von Reizentzug, mit zur wissenschaftlichen Bereitstellung dieser Foltermethode beitrug. Am 5. November verabschiedete die Vollversammlung der Medizinstudierenden - zum inzwischen sechsten Mal - eine Resolution, gegen die „Zerstörungspolitik" gegen die politischen Gefangenen, „die in der Kontinuität des deutschen Antikommunismus steht". Die Erklärung, die von der Mehrheit der rund dreihundert anwesenden Medizienstudierenden beschlossen wurde, richtet sich gegen die zerstörerischen Auswirkungen der Isolationshaft und macht im weiteren vor allem auf den bedrohlichen Gesundheitszustand von Adelheid Schulz und Helmut Pohl aufmerksam:

„Beispiel von Adelheid Schulz: Sie wurde im November 1982 verhaftet und befand sich 6 Jahre in Einzelisolation. Im April 1991, nachdem sie ein Knoten in der Brust festgestellt hatte, beantragte sie die Zulassung einer Vertrauensärztin. Diese wurde erst nach mehreren juristischen Interventionen und Verhandlungen zugelassen, so daß die erste Untersuchung im Juni 1992, also 14 Monate später stattfinden konnte. Verordnete Medikamente wurden mit einer Verzögerung von bis zu zwei Monaten oder gar nicht ausgehändigt, jede Folgeuntersuchung mußte Adelheid Schulz sich ähnlich erkämpfen wie die Erstuntersuchung.

Beispiel von Helmut Pohl: Helmut Pohl wurde im Juli 1984 verhaftet, davor befand er sich schon insgesamt 8 Jahre in Haft. 1989 erkrankte Helmut Pohl an Schmerzen im Bereich der Halswirbelsäule und Taubheitsgefühlen im Arm. Da der Anstaltsarzt „so einen nicht behandeln wollte", entschloß sich Helmut Pohl zu einer Klage gegen das Land Hessen wegen unterlassener Hilfeleitung. Erst 1992, also drei Jahre nach den ersten Beschwerden, kam es im Rahmen der Klage zu ersten Röntgenuntersuchungen. Die Röntgenaufnahmen verschwanden aber auf dem Weg ins Gefängnis, so daß mit therapeutischen Maßnahmen nicht begonnen werden konnte. Im Januar 1997 schließlich, stellte ein Arzt „Verknöcherungen an der Halswirbelsäule" fest, „die über mehrere Halswirbel hinwegziehen, in das Rückenmark hineinragen und es an einer Stelle eindrücken". Es drohen irreversible Lähmungen und der Arzt stellte die Indikation zur Operation. Doch die Bundesanwaltschaft bestellten einen internen Gutachter, der lapidar feststellte, Helmut Pohl „müsse mit diesen Beschwerden leben" und die Operationsindikation verneinte. Es geschieht also weiterhin nichts.

Doch nicht nur unbehandelte Erkrankungen quälen die Gefangenen. Die jahrelange Isolationshaft, das tägliche Erkämpfen von Selbstverständlichkeiten und anderen Schikanen der „Sonderhaftbedingungen", machen die Gefangenen zusätzlich krank. Rolf-Clemens Wagner benennt die allgemeinen Symptome: „physische Kraftlosigkeit, Dauerschmerzen, Immunschwäche und eine daraus resultierende geschwächte Arbeitskraft"."

Vor diesem Hintergrund richtete die „Vollversammlung der Medizienstudierenden" folgende Forderungen an den Bundespräsidenten Roman Herzog, Bundesjustizminister Schmidt-Jorzig und seine LänderkollegInnen:

- Die sofortige und bedingungslose Freilassung der haftunfähigen politischen Gefangenen Adelheid Schulz und Helmut Pohl, sowie die Prüfung der Haftfähigkeit aller anderen politischen Gefangenen durch VertrauensärztInnen..
- Die bedingungslose Zulassung von Vertrauensärztinnen.
- Die Abschaffung der Isolationshaft und der Sonderhaftbedingungen.
- Die Schaffung einer Freilassungsperspektive für alle anderen politischen Gefangenen."



Am Morgen des 21.10.97 forderten zehn unterschiedliche Plakatmotive in Göttingen die Freiheit jedes einzelnen Gefangenen aus der RAF (Bild: EinSatz!)

christian geissler

auf einer veranstaltung in ostberlin, 6.10.97, literaturwerkstatt

ich danke den veranstalterinnen und veranstaltern für die einladung. ich lese gern öffentlich aus meiner arbeit vor. danach gehe ich - diesmal - gern nach haus. ich habe das der werkstatt bei vertragsabschluß gesagt. an der gesamtveranstaltung möchte ich nicht teilnehmen. ich habe allen einladungen, 77 betreffend, abgesagt. ich habe nichts zu tun mit der gerechten erhebung über das scheitern einer hoffnung auf befreiung.
nichts.
erstens.

zweitens: für mich hat es keinen deutschen herbst gegeben. das kann man nachlesen. deutsche knastmorde sind für einen deutschen mann in neunundsechzig jahre deutscher geschichte nicht überraschend, sondern eine deutsche möglichkeit.

drittens: das reden vom deutschen herbst schmeißt nebel. es ist an der aussichtslosigkeit interessiert.
an der verirrung.
am irrlicht.
das ist ein falsches interesse.
eines gegen das lernen der lage.

viertens: ob wir, im unsinn der eigentümer, ob wir in den lodernden schandtaten der transnationalen eigentümerbande uns hinstellen oder hinlegen, ist keine frage der jahreszeit, kein biocyklisches schicksal. was wer nach 78 oder nach 89 oder nach 92 tut oder nicht tut, das kennzeichnet sein wissen von der wirklichkeit oder eben sein nichtwissen. das beschreibt seine lust zu leben, beziehungsweise seine lust am tod.

fünftens: so weit ich weiß, ist die geschichte des bewaffneten kampfes nach 77, nach 89, auch nach april 92 so wenig zu ende wie die geschichte der internationalen klassenkämpfe.
für diese treue im historischen prozeß sorgt das herrschende system der ausbeutung des menschen durch den menschen.
das ist - mitten in der scheiße - schön.
der mensch - das ist seine schönheit -läßt sich auf die dauer nicht erniedrigen und beleidigen.
sehen wir die gesichter über den einkaufskörben -
im ferne-küsten-abschlendern -
im internetz:
es tickt eine trauer -
es bebt eine schach, die weiß:
das zu kaufende ist immer das tote.

sechstens: ich widme meine heutige kamalatta-lesung den frauen und männern aus der raf, die immer noch gefangen sind -
sie heißen

eva haule (gefangen seit 86)
rolf heißler (gefangen seit 79)
sieglinde hofmann (gefangen seit 80)
birgit hogefeld (gefangen seit 93)
christian klar (gefangen seit 82)
brigitte mohnhaupt (gefangen seit 82)
helmut pohl (gefangen seit 84)
adelheid schulz (gefangen seit 82)
rolf-clemens wagner (gefangen seit 79)
stefan wisniewski (gefangen seit 78)

sie sollen raus.
jetzt.
alle.
sie sind von uns.

Kein Konzept statt Guerilla

20 Jahre nach jenen Wochen, die später als Deutscher Herbst in die Geschichte eingingen, erlebt die deutsche Linke größtenteils regungslos die mediale Abwicklung und Vermarktung eines überaus entscheidenden Teils der linken Nachkriegsgeschichte und zusätzlich die Abbügelung des bewaffneten Kampfes im allgemeinen. Heute ist die Linke genauso wenig wie vor 20 Jahren in der Lage, in die Inszenierung eines Kriegszustandes Bundesrepublik Deutschland gegen die Rote Armee Fraktion (RAF) in einer auch nur halbwegs sinnvollen Art und Weise einzugreifen. Unfähig, oder die Bedeutung von dem, was ihr gerade angetan wird, nicht erkennend, läßt sich die Linke einen Teil ihrer eigenen Geschichte nehmen.

Offensive Schritte, um der staatlichen Propaganda etwas entgegenzusetzen, wären jedoch nicht nur notwendig, sondern auch möglich. Der Stachel von Stammheim sitzt so tief im Nacken der BRD-Gesellschaft, daß sie sich heute genötigt sieht, den Deutschen Herbst wiederaufzurollen, trotz der schwer zu verdeckenden Widersprüche, nur um das staatliche Handeln noch einmal bis ins kleinste Detail zu legitimieren und die staatliche Version, z.B. die Selbstmordthese von Stammheim, in der Geschichte festzuschreiben. In die offensichtlichen Widersprüche ließe sich vergleichsweise leicht einhaken. Die Strategie der durch die bürgerlichen Medien praktizierten Geschichtsverfälschung ist weitgehend die gleiche wie 1977: Die BRD darf/durfte sich als Rechtsstaat nicht von den blutrünstigen Terroristen erpressen lassen, dabei ist/war jedes Mittel Recht, lautet die Formel, die dem offenen Staatsterrorismus eine Legitimation verleihen soll/te. Ein Teil der RAF-Konzeption ist damit aufgegangen, der Staat hat eine ganze Menge von seinem wahren Gesicht gezeigt: praktizierter Ausnahmezustand, öffentliche Diskussionen über die Erschießung der Gefangenen, durch Kontaktsperre u.ä. verschärfte Isolationsfolter, Selbstzensur der Medien, Polizeiterror gegen Kritik am staatlichen Vorgehen. Höhepunkt des ganzen Szenarios [...] Das Problem war nur, daß weite Teile der Bevölkerung ganz zufrieden mit diesem wahren Gesicht des BRD-Staates zu sein schienen. Mehrere Jahre konsequente Hetze und Terror von Staatsseite gegen die bewaffnet Kämpfenden und Sympathisierende hatten die anfängliche Solidarität mit den Illegalen (1972 tolerierte jedeR fünfte den Schutz der RAF vor Verfolgung und Verhaftung, jedeR siebte hätte RAF-Mitglieder versteckt) zerstört.

20 Jahre danach ist die Situation, trotz der umfassend veränderten politischen Lage insgesamt, kaum anders. Bei der öffentlichen Festschreibung der staatlichen Version des Deutschen Herbstes durch die Medien haben diese völlig freie Hand. Die Mehrheit der Bevölkerung nimmt die staatliche Version sensationslustig und widerspruchsfrei an, gefangen im festen Glauben an den sozialen, demokratischen Rechtsstaat BRD. Auch wenn dieser ihr gerade zusätzlich zu den sozialen Rechten auch die bürgerlich-liberalen Persönlichkeitsrechte durch totale Überwachung und Kontrolle mit der Law-and-Order-Logik der Strategen der Inneren Sicherheit entzieht. Bereitwillig berichten die damals Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft von ihren „Ängsten und Sorgen", von dem „Dilemma", die „Geiseln" retten zu wollen, sich aber nicht „erpressen" lassen zu dürfen, weil das ja dem Rechtsstaat widersprochen hätte. Dazu gesellen sich die schuldbewußten Aussteiger/Verräter der bewaffneten Gruppen, die ihren Kampf der 70er Jahre mittlerweile bestens zu vermarkten wissen. Persönliche Geschichtchen und Anekdoten, Darstellungen fern von jeder Einordnung in den gesellschaftlichen Kontext, die unreflektierten Berichte über die eigene damalige Brutalität und die jugendliche Dummheit verkaufen sich bestens. Aussprüche von „Ehemaligen", wie z.B., daß der Beschluß, den Alt-Nazi Schleyer zu erschießen, „ihre" Wannsee-Konferenz gewesen wäre, werden heute gerne gehört. Einen besseren Beweis für die Bosheit der bewaffnet Kämpfenden, als daß „Ehemalige" dies selbst behaupten, scheint es nicht zu geben. Alle, die damals bewaffneten kämpften und heute nicht beichten oder sich verkaufen, bleiben für immer böse und verbohrt, eben solche, die ruhig ihr Leben lang unter Isolationsfolter verbringen sollten.

Die Reaktion der Linken beschränkt sich auf ein paar Veranstaltungen, Bücher und Broschüren, jedoch nur für das linke Publikum selbst, öffentlich wahrnehmbare Antworten gibt es nicht. Es ist in den vergangenen Jahren immer noch nicht gelungen, ein über die einzelne Kleingruppe hinausreichendes solidarisch-kritisches Verhältnis zum bewaffneten Kampf zu entwickeln, das über Gefangenenpolitik hinausgeht. Heute stellt sich jedoch nicht zuerst die Frage, was alles richtig oder falsch an der bewaffneten Politik der 70er Jahre war, weil die Linke hierfür zu schwach ist. Heute müßte sie zuerst ihre Geschichte verteidigen, in der Öffentlichkeit linke Versionen und Analysen des deutschen Herbstes zumindest sichtbar machen. Angesichts der derzeitigen Öffentlichkeit für diese Thematik müßte es möglich sein, offensiv für die restlichen Gefangenen und gegen die Selbstmordthese einzutreten. Doch die Option bewaffneter Kampf ist freiwillig aus den meisten Köpfen gestrichen worden. Daß die RAF-Politik aus einer sehr breit geführten Diskussion hervorging, daß diese Politik ein Versuch war, der für nicht wenige als realistisch galt, ist vergessen worden. Wie so oft hat die teilweise sicherlich berechtigte Kritik aus verschiedenen Ecken der Linken an der RAF dazu geführt, daß eine perspektivlose Kritik zu sehr im Vordergrund stand, zu wenig die Gemeinsamkeiten und kritischer Austausch. Eine Ausnahme stellen nur die Hungerstreiks der 80er Jahre dar.

Trotz aller Kritik am unzureichenden Umgang der Linken mit der Thematik bewaffneter Kampf sollten die Verhältnisse, die diesen Umgang stark erschweren, nicht vergessen werden. Abgesehen von der allgemein schwachen gesellschaftlichen Situation der Linken, zu wenigen funktionierenden organisierten Zusammenhängen, die ein gemeinsames Vorgehen erleichtern würden, ist die



Solidaritätsaktion am 17.10. in Kopenhagen

mittels des § 129a sofort greifende staatliche Repression ein ernstzunehmender, behindernder Faktor. Diejenigen, die den bewaffneten Kampf geführt und noch nicht abgeschworen haben, sitzen immer noch im Knast oder sind angesichts der Folgen jahr(zehnte)langer Isolationsfolter nur schwer in der Lage, diese Auseinandersetzung wirkungsvoll voranzutreiben und in den noch aktiven Zusammenhängen zu führen. Eine Analyse der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des bewaffneten Kampfes muß auch mit denjenigen geführt werden, die diesen Kampf geführt haben. Politisches Ziel der Linken in diesem Zusammenhang muß daher bleiben: Die Gefangenen müssen raus! Über diese Forderung läßt sich außerdem das Thema wieder in die Öffentlichkeit tragen, die Diskussion in linken Zusammenhängen könnte wieder aufgenommen werden.

Ein weiteres wesentliches Problem, wenn zum bewaffneten Kampf Politik gemacht wird, sind die sofortigen Kriminalisierungsversuche von seiten des Staates. Ein offenes Thematisieren der Frage nach dem bewaffneten Kampf zieht in der Regel Repression nach sich, jegliche Solidaritätsbekundung ist bereits kriminell. Diese Problematik sollte zwar vorsichtig machen, doch nicht abschrecken. Repression ist nun einmal normal für die Linke im bürgerlich-kapitalistischen Staat, und sie muß lernen, damit umzugehen und darauf zu reagieren.

20 Jahre Deutscher Herbst sollte zum Anlaß genommen werden, die notwendigen praktischen Initiativen zu beginnen und die Auseinandersetzung wieder aufzunehmen. Wenn die Linke wieder in der Lage ist, auf die Verfälschung der eigenen Geschichte angemessen zu reagieren und sie zu verteidigen, dann ist es auch Zeit für die längst überfällige perspektivische Analyse des bewaffneten Kampfes in der BRD, seine Fehler und Erfolge zu erkennen und daraus Schlüsse für die zukünftigen Formen der Politik, ob nun legal oder illegal, zu ziehen. Die Frage sollte dann nicht sein, ob der bewaffneten Kampf als berechtigt zu verteidigen ist, sondern wann und wie der bewaffnete Kampf möglich war, ist oder sein wird.

(Aus: EinSatz, Nov. 97)

Ein nicht abgedruckter Leserinnenbrief an den Spiegel

Zur Serie „Deutscher Herbst“

in den Spiegeln Nr. 38-40

Die Berichterstattung von Georg Bönisch ist unseriös, da sie nicht klarmacht, was Unterstellungen und was Vermutungen sind. Es wird Wichtiges weggelassen, und es wird sich nicht auf authentische Quellen bezogen. Dabei wird verdreht und das Ganze als Wahrheit präsentiert.

Die Bilder im Spiegel Nr. 40 sind geschmacklos und menschenverachtend und verletzten zumindest im Fall von Irmgard Möller die Würde und das Recht auf Intimität.

Beispiele zum Ersteren:

Z.B. wird Schleyer menschlich und als Opfer dargestellt. Er war aber Faschist. Er war aktiver Nazi, ja sogar bei der SS, wie Gerhard Boeden ja selbst schreibt. Was er aber wegläßt: Schleyer war SS-Obersturmführer und direkt Heydrich unterstellt. Damit wußte er von allen wichtigen Vorgängen. Er ist für zig Morde an unschuldigen Menschen verantwortlich. Z.B. ließ er noch am 6. Mai 1945 in Prag 41 Menschen erschießen, die meisten Frauen und Kinder, davon zwei Hochschwangere und ein Baby!

Z.B. wird behauptet, daß die Gefangenen in Stammheim 1977 sich selbst umgebracht hätten, obwohl es zahlreiche und nie aufgeklärte Widersprüche dazu gab und gibt; obwohl Irmgard Möller am 16.1.1978 vor der parlamentarischen Untersuchungskommission aussagte, daß es kein Selbstmord war; obwohl Andreas Baader keine Pulverdampfspuren von der Waffe an der Hand hatte, mit der er sich angeblich selbst erschossen haben soll, wie das Bundeskriminalamt in einem Bericht vom 15.6.1978 feststellte; obwohl bei Gudrun Ensslin kein Histamintest vorgenommen wurde, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit hätte beweisen können, ob sie vorm Erhängen gelebt hat oder schon tot war, um nur einiges zu nennen.

Z.B. wird die Isolationsfolter in Frage gestellt mit dem Wörtchen „angeblich“ (Spiegel Nr. 39, S. 49). Die Isolationshaft wurde zunächst in den USA untersucht, und mit diesen Ergebnissen wurde in der Hamburger Universität weiter geforscht. Dabei wurde herausgefunden, daß sie Beschwerden wie z.B. Kopfschmerzen, Kreislaufbeschwerden, Halluzinationen, Konzentrationsverlust bis hin zum Tod verursacht. Nicht aber, daß sich daraufhin in dem Vollzug der Isolationshaft etwas verändert hätte, nein, sie wurde perfektioniert, weil mit ihrer Hilfe Menschen gequält, also gefoltert werden können, ohne selbst Hand anlegen zu müssen, und weil mit ihrer Hilfe Gehirnwäsche betrieben werden kann. Das war übrigens der Grund, weswegen man in den USA damit anfing, an ihr zu forschen.

Die Gefangenen sitzen noch heute unter diesen Bedingungen in den Gefängnissen. Mit welcher Berechtigung?

Wer sind hier die wahren Terroristen, die, die wie die RAF eine menschliche Gesellschaft wollen, in der es Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Frieden und Freiheit auf der ganzen Welt gibt (und die eben keine Faschisten sind, wie im Spiegel Nr. 38 S. 70 mit dem angeblichen Zitat Boocks von der „Wannsee-Konferenz“ suggeriert wird), oder die, die ihre Feinde mit der sogenannten weißen Folter (die z.B. auch von amnesty international als solche international geächtet wurde), die Unschuldige als Geiseln nehmen lassen wollten (Spiegel Nr. 39 S. 53) oder sogar jede Stunde einen Gefangenen erschießen lassen wollten (ebenda S. 56), die eine Politik betreiben, bei der die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden, die auf dem Rücken der Ärmsten in der sogenannten dritten Welt bis hin zum Verhungern-Lassen, treiben?

Der „Herbst des Terrors“ war ein „Herbst des Terrors“, ein deutscher Herbst, aber nicht wegen der RAF [...], sondern wegen der unglaublichen Hetze gegen alles, was links war und dieses unmenschliche System in Frage stellte!

Heike Habel, Hamburg

Zur Veranstaltungsreihe in Berlin

Eine Klarstellung

Zum Bericht über die Berliner Veranstaltungsreihe in der letzten Ausgabe erreichte uns folgende Klarstellung der Roten Hilfe e.V., Ortsgruppe Berlin:

„Wir von der Rote Hilfe Ortsgruppe Berlin waren Teil des Bündnisses zur Vorbereitung der Veranstaltungen und müssen leider hier klarstellen:

1. Das „Nachbereitungspapier“ wurde zu einem Zeitpunkt verschickt, an dem das reale Nachbereitungstreffen des Bündnisses noch NICHT stattgefunden hatte. Es ist daher

2. die Meinung einer einzelnen Gruppe aus der Vorbereitung, die wir

3. an den meisten Stellen überhaupt nicht teilen. Vielmehr wurde

4. das Vorgehen jener einzelnen Gruppe vom Rest des Bündnisses zum Teil scharf kritisiert, und es stellte sich heraus, daß die Einschätzungen, die in dem Papier getroffen wurden, nicht die Mehrheitsmeinung darstellen.“

Soligruppe Hamburg teilt mit

Betrifft: radikal-Verfahren vom 13.6.

Vermutlich haben die meisten von Euch schon gehört oder gelesen, daß das §129-Verfahren wegen „Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" im radikal-Komplex vor der Prozeßeröffnung vom Oberlandesgericht Koblenz eingestellt wurde. Die vier Männer, die nach den Durchsuchungen vom Juni 1995 ein halbes Jahr in Untersuchungshaft saßen, mußten auf eine Haftentschädigung verzichten und jeweils 1.000 DM Bußgeld an „medico international" zahlen.

Auch die über 20 Verfahren wegen Unterstützung, die nach dem 13.6.1995 eingeleitet wurden, sind nahezu alle eingestellt worden.

Mit Beschluß vom 9.10.97 hat nun auch der 6. Strafsenat des OLG Düsseldorf das Verfahren gegen die fünf dort angeklagten Hauptbeschuldigten eingestellt. Die erteilten Auflagen sind jedoch unterschiedlich. Matthes soll 6.000 DM, Glosch, Ulli und Jutta jeweils 3.000 DM und Ulle 2.000 DM zahlen. Im Unterschied zu dem eingestellten Verfahren in Koblenz sollen diese Zahlungen aber nicht an „medico international", sondern an die Staatskasse gezahlt werden.

Zu den §129a-Verfahren wegen Mitgliedschaft in der AIZ ist zu sagen, daß die Verfahren, die in Hamburg und Bremen gegen 8 Personen liefen, eingestellt wurden. Ausgenommen ist hier der Hamburger Michael und der Aachener Bernhard, die seit Februar 1996 wegen dem AIZ-Vorwurf in Untersuchungshaft in Lübeck und Köln einsitzen. Gegen die beiden begann am 14. November 1997 der Prozeß vor dem OLG Düsseldorf. (...)

Auf jeden Fall möchten wir noch mal einen großen DANK aussprechen, an all diejenigen, die in den letzten zweieinhalb Jahren in vielfältigster Form und auf den unterschiedlichsten Ebenen ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht, Aktionen und Veranstaltungen unterstützt und initiiert und die notwendige Kohle gesammelt haben!!!



Frankfurt

Es rettet uns kein höheres Wesen

Für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit! Der Kampf um Befreiung ist international!

Veranstaltung am 20.12.1997
16 Uhr: Film - Ausstellung - Musik
19 Uhr: Veranstaltungsbeginn
Frankfurt, Theatersaal / Stud. Haus, 1. Stock, Uni, Mertonstr.

Es brechen nun die Tage an, an denen die kapitalistische Mehrwertproduktion glänzt. Millionen machen sich auf die Suche nach der Ware, die Glückseligkeit und Zufriedenheit bringen soll. Der Stichtag naht, die Zeit wird knapp.

Am letzten verkaufsoffenen Samstag, die Geschäfte haben noch auf - aber der Kapitalismus spricht nicht das letzte Wort.

Internationale Information und Diskussion über Menschenrechte, politische Gefangene und internationale Solidarität

Die marktgerechte Aufbereitung der militanten und bewaffneten Kämpfe der letzten 25 Jahre weltweit und hier bekamen wir dieses Jahr massiv zu spüren: Che-T-Shirts auf dem Rummelplatz, Parolen des 68er Aufbruchs als Werbesprüche, RAF-Geschichte als Medienspektakel und individuell zur Schau getragen.

Die Herrschenden machen auf sicher und sichern sich ab. Der „deutsche Herbst" vor 20 Jahren, die Offensive der RAF und die staatliche Reaktion, hat die Geschichte der Kämpfe nachhaltig geprägt. (...) Die Machtfrage wurde von links gestellt und verloren: Die Gefangenen konnten nicht befreit werden. Auch alle weiteren Hungerstreiks und Kampagnen gegen Isolationshaft und für ihre Freiheit haben daran nichts geändert. Das wirkt bis heute.

Freiheit wird den politischen Gefangenen nicht geschenkt. Nicht hier, aber auch nirgendwo anderes. So großzügig sind die Herrschenden nicht. Sie verlangen nach wie vor einen hohen Preis: die absolute Absage an die kollektive Erfahrung, daß Veränderung möglich ist. (...)

Peru zeigt: Die Frage der politischen Gefangenen ist international! Ob in den Käfigen der Demokratie Europas und Nordamerikas, in den Zellen und Gefängnisbunkern Südkoreas, des Irans, der Türkei oder Israels, überall leben und kämpfen unzählige politische Gefangene. Es ist ein Kampf um Rechte, um Schutz des Lebens und ihre Freiheit.

Die Haftbedingungen politischer Gefangener in Europa gleichen sich mehr und mehr an; weltweit kämpfen Tausende von politischen Gefangenen um das nackte Überleben und ihre Würde. Ihr Kampf richtet sich gegen Folter, Mord, Isolation und Zerstörung politischer Kollektive. Zu den Kämpfer/innen aus früheren, teilweise nicht mehr existierenden revolutionären Bewegungen, die es noch zu Hunderten in den Kerkern Lateinamerikas, im Mittleren Osten, in den USA und in Westeuropa gibt, kommen solche aus jungen Bewegungen und spontanen Aufständen dazu.

Das Eis ist dünn. So sicher sind sich die Herrschenden nicht. Rächend und präventiv, wird keine Repressionsmethode eingeschränkt, eher werden die Mittel noch ausgebaut. Todesstrafe, körperliche Züchtigung und Folter werden wieder eingeführt, wo sie abgeschafft waren. (...)

Dort, wo Menschen sich zusammenschließen und organisieren, wie z.B. die Landlosenbewegung in Brasilien oder der kurdische Befreiungskampf, wird ihnen mit härtester Repression begegnet, Erschießungen, Folter, langjährige Haftstrafen. Die Politik der Todesschwadrone ist noch lange nicht vorbei. Aber die Kämpfe gehen trotzdem weiter. Die zapatistische Bewegung hat in den letzten Jahren international eine Mobilisierungskraft erreicht wie schon lange nicht mehr. Tausende trafen sich 1996 im lacandonischen Urwald, um zusammen zu diskutieren.

Der „Tag der Menschenrechte" als „Internationaler Kampftag für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit!"

Der 10. Dezember ist von der UNO als „Tag der Menschenrechte" erklärt. Die Wirklichkeit spricht dem Hohn. Am 10.12.1998 jährt sich die Verabschiedung der UNO-Menschenrechtscharta zum 50. Mal. Das sind 50 Jahre des Fortschreitens der kapitalistischen Barbarei, wenn irgendwo Menschenrechte umgesetzt und eingehalten wurden, dann auf dem Hintergrund von Druck und Kämpfen dafür. Weder die deklarierten bürgerlichen und individuellen, geschweige denn kollektive und soziale Menschenrechte entsprechen den Lebensbedingungen von 3/4 der Menschheit.

Auch deswegen ist für uns der 10. Dezember Anlaß, Protest und Widerstand zu orga-

nisieren: der 10.12. als internationaler Kampftag für die Freiheit der politischen Gefangenen!

Kampf für die Freiheit aller politischen Gefangenen weltweit!

Abschaffung von Todesstrafe, Folter und Verschwinden-Lassen

Die globale Ausbeutung und Mißachtung der menschlichen Würde erfordert die internationale Organisierung des Widerstands - das wird nicht nur an der Frage der politischen Gefangenen, die aus revolutionären und sozialen Kampfprozessen kommen, sehr deutlich. Doch wie kann es gehen? Welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden? Welche Bedingungen gibt es in Asien, Afrika, Europa, im Mittleren Osten, in Lateinamerika? Wo gibt es Unterschiede, was verbindet uns?

Wir wollen mit dieser Veranstaltung dazu beitragen, Antworten zu finden. (...)

Wir haben eingeladen:

Aus Peru eine Angehörige eines getöteten Kommandomitglieds der MRTA ...

Aus Palästina, denn die Qualität des israelisch-palästinensischen Friedensabkommens zeigt sich auch daran, was über die politischen Gefangenen darin festgehalten und umgesetzt wurde ...

Aus Italien erwarten wir Genossen und Genossinnen des landesweiten Coordinamete Mumia Abu Jamal ...

Aus Euskadi, dem Baskenland, kommt eine Sprecherin der Gestoras Pro Amnestia ...

Aus Deutschland wird es Beiträge geben, die sich mit der veränderten Situation in den Knästen und den Aufgaben der Solidaritätsbewegung beschäftigen. Die Mehrheit der politischen Gefangenen in der BRD kommt heute aus anderen Ländern - Kurdistan, Türkei ...

Aus der Türkei kommt ein Rechtsanwalt vom IHD, dem Menschenrechtsverein ...

Libertad! c/o „3.Welt"-Haus, Westerbachstr. 47//H3, 60489 Frankfurt

Informationen zum geplanten internationalen Arbeitstreffen:

„Befriedung oder Befreiung?"

Perspektiven internationaler Solidarität für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit!

Welche Solidaritätsgruppe kennt das nicht: die begrenzte Wirkung von Kampagnen für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen im staatlichen Rahmen? Gerade in Deutschland. Überall dort, wo der zugrunde liegende Kampf, aus dem die Gefangenen eingefahren sind, grundsätzliche Bedeutung hat, erweist es sich als immer schwerer, die jeweilige Regierung zum Nachgeben zu zwingen. Aber wer kennt nicht auch die ermutigende Wirkung von weltweiten solidarischen Aktionen und internationalen Kampagnen.

Jeder Kampf braucht die internationale Zusammenarbeit und Solidarität. Erstrecht die politischen Gefangenen, überhaupt alle, die von Folter, Prozessen, Auslieferung und anderen staatlichen Repressialien bedroht sind.

Es ist notwendig, mit Vertreterinnen und Vertretern von fortschrittlichen und revolutionären Organisationen aus aller Welt zu einem Arbeitstreffen zusammenzukommen. Wir wollen über die politische und soziale Entwicklung, über Widerstand und Repression und über die Situation der politischen Gefangenen diskutieren. Ziel ist es, unsere Kräfte zusammenzuführen, und so mögliche gemeinsame Schritte für die Freiheit aller politischen Gefangenen einzuleiten.

Zur Vorgeschichte:

Die Initiative Libertad! entstand auf dem Kongreß gegen den Weltwirtschaftgipfel 1992 in München. Zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der MLN / Puerto Rico, NDF / Philippinen, FMLN / El Salvador und MLN Tupamaros / Uruguay verfaßten wir den Vorsatz, ‚mit allen politischen, religiösen, humanitären, demokratischen und sozialen Organisationen einen Dialog zu initiieren, mit dem Ziel, den Internationalen Tag der politischen Gefangenen festzulegen, und die Freiheit derselben zu fordern. Wir haben die Hoffnung, daß dieser Dialog schnell und wirkungsvoll geführt wird und daß wir kurzfristig zu definitiven Übereinkünften über diese Initiative kommen können."

Was seitdem geschah:

Die Hoffnung auf kurzfristige Erfolge hat sich nicht bewahrheitet. In vielen Einzelgesprächen haben wir festgestellt, daß wir für die Festlegung eines Internationalen Tages für die politischen Gefangenen erneut zusammenkommen und miteinander diskutieren müssen. In der BRD haben wir einen Aktionstag für die politischen Gefangenen, für die Solidarität gegen staatliche Unterdrückung initiiert, so wie es ihn in den anderen Ländern schon länger gibt. Nun gilt es, unser Vorhaben international zu koordinieren.

Chiapas 96 - ein Schritt nach vorn

Auf dem 'intergalaktischen' Treffen in Chiapas/Mexico sind wir einen Schritt weitergekommen: Mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus acht Ländern vereinbarten wir einen vorläufigen gemeinsamen Kampftag für die politischen Gefangenen weltweit, den 10. Dezember 1997. Dies ist ein kleiner Erfolg. Aber diese Basis ist klein. Wir wünschen uns für die Zukunft eine breite internationale Zusammenarbeit mit kontinuierlicher Diskussion und regelmäßigen gemeinsam koordinierten Aktionen. Um dieses Ziel voranzutreiben, rufen wir zur Mitarbeit, Unterstützung und Teilnahme an dem internationalen Arbeitstreffen auf.

Termine

Hamburg, 9. Dezember, 19.00 Uhr

Informations-/Diskussionsveranstaltung zur aktuellen Lage in Südkurdistan und im Flüchtlingslager Ninova. Einer Teilnehmer aus einer Delegation vom August/September wird berichten.

Im Dezember 1996 entzog das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen UNHCR den mehr als 14.000 Menschen im Flüchtlingslager Atrush in Südkurdistan jegliche Unterstützung. Vorausgegangen waren erfolglose Versuche des UNHCR, die aus dem Botangebiet (Nordwest-Kurdistan/Türkei) stammenden Flüchtlinge zu zwingen, über die türkische Grenze zurückzukehren oder sich in kleinere Lager verteilen zu lassen und damit der völligen Kontrolle der in der Region herrschenden Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) zu unterwerfen. Im März diesen Jahres begaben sich Tausende hungernde und frierende Menschen aus Atrush auf einen verzweifelten Marsch, auf der Suche nach Nahrungsmitteln und Sicherheit. 7.000 ließen sich in Ninova nahe der Stadt Mossul nieder. Das neue Lager liegt in einer Pufferzone zwischen Einheiten der KDP und irakischen Truppen. Über den Verbleib der anderen 7.000 Flüchtlinge aus Atrush liegen bis heute keine detaillierten Informationen vor. Im Sommer diesen Jahres besuchte eine Gruppe von Menschenrechtlern aus verschiedenen europäischen Ländern Ninova und ein Lager von zwangsweise auf KDP-Gebieten verteilten Flüchtlingen aus Atrush. –Die Veranstaltung findet im Rahmen des Cafés der Kurdistan-Solidarität in Zusammenarbeit mit Heyva Sor Kurdistane statt.

Ort: Brigittenstr. 5, Hamburg

Frankfurt: Prozeßtermine Monika Haas

18.12., 23.12., 5.1., 15.1. jeweils 10.15 Uhr, 26.1. um 11.00 Uhr

Gerichtsgebäude E, Hammelsgasse 1, Saal II, Eingang Konrad-.Adenauer-Str., Frankfurt

Die aktuelle Situation

Die Haftbedingungen politischer Gefangener in Europa gleichen sich mehr und mehr an; weltweit kämpfen Tausende von politischen Gefangenen um das nackte Überleben und ihre Würde. Ihr Kampf richtet sich gegen Folter, Mord, Isolation und Zerstörung politischer Kollektive. Dies gilt beispielsweise für die Türkei, wo sich 1996 10.000 politische Gefangene im Hungerstreik befanden - 12 von ihnen sind in diesem Todesfasten gefallen - für Spanien, wo baskische Gefangene seit vielen Jahren für ihre erneute Zusammenlegung im Baskenland und verbesserte Haftbedingungen kämpfen. Dies gilt für Mumia Abu-Jamal, der nach wie vor gegen seine Hinrichtung kämpft, für die politischen Gefangenen in der BRD, von denen die meisten schon seit mehr als 15 Jahren im Knast sitzen.

Auch die Ereignisse in Peru im Frühjahr 1997 dokumentierten die Brisanz der Frage der politischen Gefangenen: das MRTA-Kommando versuchte mit der Botschaftsbesetzung für hunderte von politischen Gefangenen die Freilassung oder zumindest Hafterleichterungen durchzusetzen. Bei der Erstürmung der Botschaft wurden alle 14 Mitglieder des Kommandos hingerichtet. Dieses Massaker stieß bei den Regierungen der führenden Staaten der Welt auf ungeteilte Zustimmung. Die direkten Folgen dieses übereinstimmenden Vernichtungswillens waren Haftverschärfungen für die peruanischen Gefangenen, Verhaftungen von Angehörigen der Kommandomitglieder und politische Repression gegen den MRTA-Europasprecher in Deutschland. Diesem weltweiten Vernichtungswillen der Machthaber müssen wir unsere internationalistische Solidarität entgegensetzen.

Solidarität ist unsere Waffe

Unsere Solidarität basiert auf den gemeinsamen Zielen grundsätzlicher gesellschaftlicher Veränderung. Wir verstehen uns als Teil einer weltweiten Befreiungsbewegung. Die von den Machthabern in allen Ländern drangsalierten Menschen definieren unseren Begriff des politischen Gefangenen selbst. Es sind die Gefangenen aus den Widerstands-, Befreiungs- und Basisprozessen in aller Welt, es sind die Gefangenen aus den Klassenkämpfen für die Abschaffung der Klassengesellschaft.

Die gemeinsame Verteidigung der fortschrittlichen Bewegungen und ihrer Geschichte, der emanzipatorischen Politik überhaupt, ist Ausdruck unseres politischen Selbstverständnisses.

Internationale Arbeitskonferenz

Wir sind gerade dabei, ein Organisations-Komitee für diese Konferenz zu gründen, das über unseren Initiativkreis hinausgeht. Unsere zeitliche Vorstellung zur Durchführung der Konferenz liegt um Ostern 1998.

Folgende Themen sollten wir auf dieser internationalen Konferenz diskutieren:

Die politische und soziale Situation weltweit und die Lage der fortschrittlichen und revolutionären Bewegungen.

Die Situation der politischen Gefangenen und die Solidaritätsarbeit mit ihnen.

Die Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit und die Umsetzung des Internationalen Kampftages für die politischen Gefangenen.

Um viele Menschen anzusprechen, denken wir an öffentliche Veranstaltungen, wie etwa:

‚Lebend habt Ihr sie genommen, lebend wollen wir sie zurück", über das Verschwindenlassen von Menschen, wie in den Ländern Argentinien, Uruguay, Türkei...

oder

Ohne Gerechtigkeit kein Frieden - ‚Friedensprozesse" in Europa und weltweit: Befriedung oder Befreiung? Vorträge und Diskussion u.a. über Straffreiheit für Folterer, Amnestie für die politischen Gefangenen...

In Arbeitsgruppen wollen wir konkrete Vorschläge für Zusammenarbeit, Vernetzung und Perspektiven von Befreiung diskutieren und erarbeiten.

Freiheit für die politischen Gefangenen!
Für die Würde der Menschen, für die Freiheit, für die Einheit der Kämpfe!

Dringend gesucht: Ideen, Kritik, Unterstützung und Mitarbeit. Gruppen und Leute, die mitmachen wollen, meldet euch bei uns. Wer weitere Infos will, natürlich auch. Und wer uns helfen will, daß wir uns diese Internationale Arbeitskonferenz auch finanziell leisten können, braucht unsere Kontonummer:
10215811 / Libertad! Zweck: Konferenz Ökobank FFM (BLZ 500 90100)
Libertad!-Information 9/ 1997

Libertad!, c/o „3. Welt-Haus, Westerbachstr. 47/H3, D-60489 Frankfurt/Main, - Germany
Tel: 069-97843444, Fax: 069-97843445
Mailbox: 069-97843446
eMail: libertad@link-f.rhein-main.de
Internet: http://www.geocities.com/CapitolHill/Lobby/1981

Nürnberg

Unser Rhythmus gegen das System

Rock gegen Rechts
Freiheit für alle politischen Gefangenen international

Wir, ein Bündnis von politischen Gruppen aus dem Nürnberger Raum, veranstalten vom 19. bis 21. Dezember 1997 ein Benefizkonzert im KOMM.

Es wird das letzte Konzert von uns im KOMM sein, denn in Zukunft werden Veranstaltungen dieser Art im neugestylten „Künstlerhaus" wohl nicht mehr stattfinden können. Der Selbstverwaltung und den politischen Gruppen wurde bis Ende des Jahres durch die Stadt gekündigt. Wir verstehen dieses Wochenende auch als Möglichkeit, mit unserer politischen Arbeit möglichst viele Menschen zu erreichen und gegen diesen Rausschmiß zu protestieren.

Warum die Parolen „Rock gegen Rechts" und „Freiheit für die politischen Gefangenen international"?

Wir erleben, daß diese Gesellschaft sich immer offener nach rechts entwickelt, der Polizei- und Überwachungsstaat mit rasanter Geschwindigkeit weiter ausgebaut wird und dafür die Grundrechte abgebaut werden. Ebenso nehmen rassistisch und faschistisch motivierte Angriffe auf ausländische Menschen, Linke und unliebsame Randgruppen zu. Gleichzeitig wird die europäische Abschottung gegenüber Flüchtlingen immer brutaler umgesetzt. Eine zunehmende Militarisierung sämtlicher gesellschaftlicher Bereiche geht einher mit offenen Kriegsvorbereitungen der Herrschenden zur Durchsetzung ihrer strategischen und wirtschaftlichen Interessen. Menschenrechte finden nur noch dann Erwähnung, wenn es den eigenen imperialistischen Interessen dient. Diktaturen wie die Türkei oder Peru werden offen unterstützt ...

Diejenigen, die versuchen, dem ganzen Dreck etwas entgegenzusetzen, werden gejagt, kriminalisiert und eingeknastet, wie erst kürzlich in Saalfeld. Der BRD-Staat geht gegen jeden Ansatz von linkem Widerstand und Gegenöffentlichkeit vor - auch ausländische Befreiungsbewegungen, v.a. kurdische Organisationen, deren angebliche Sprecher, Mitglieder und SympathisantInnen werden verfolgt und eingesperrt oder an die Folterregime ausgeliefert.

Solange es Widerstand gibt, wird es auch immer politische Gefangene geben. Diese Initiative ist auch ein Beitrag im Rahmen des „Internationalen Tages für die Freiheit der politischen Gefangenen", der auf dem intergalaktischen Treffen in Chiapas (Mexiko) im Sommer 1996 für den 10. Dezember bestimmt wurde. (...)

Im Rahmen der dreitägigen Veranstaltung werden Ausstellungen zur Geschichte der Roten Hilfe, zu Antifa und Repression in der Region und Plakatausstellungen zum bewaffneten Kampf gezeigt.

Am 21.12. findet um 14.00 Uhr eine Veranstaltung für die Freiheit der politischen Gefangenen international statt, mit Berichten zur Situation in verschiedenen Ländern, u.a. Peru, Italien, Euskadi, Türkei/Kurdistan, BRD.

Der Eintritt kostet 15,- pro Abend (Einlaß ab 19.00 Uhr), der Erlös ist für Mumia Abu-Jamal und andere politische Gefangene bestimmt.

Über die Hintergründe des Prozesses berichteten wir in Nr. 199. Hier die Erklärung der Angeklagten zum Prozeßausgang:

Am dritten Prozeßtag mußte selbst Staatsanwalt Geimer einsehen, daß sein Versuch, Gentechnik-KritikerInnen zu kriminalisieren, kläglich gescheitert ist. Deshalb trat er die Flucht nach hinten an. Nichtssagende, sich widersprechende ZeugInnen, die Drohung, noch weitere verwirrte ZeugInnen zu laden, vorsätzlich unvollständige Akten und schlampige Ermittlungen seinerseits und seines Kollegen Bernklau führten zu einer Einstellung des Verfahrens auf Staatskosten.

Nachdem es dem Staatsanwalt weder gelungen war, einen rechtmäßigen Strafantrag der RWTH Aachen zu präsentieren, noch einen Hausfriedensbruch zu konstruieren, war es juristisch eindeutig, daß der Widerstand gegen den Polizeieinsatz legal war. Somit erscheinen auch die Übergriffe der Polizeibeamten, gegen die weiter Verfahren anhängig sind, in einem neuen Licht.

Mit der Einstellung der Verfahrens wurde auch klar, der Versuch der Hochschule, eine Verurteilung der Gen-KritikerInnen krampfhaft zu erzwingen, war von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Die während des Verfahrens aufgedeckte Zeugenbeeinflussung seitens der Hochschule verdeutlicht die Unfähigkeit der RWTH, mit berechtigter Kritik umzugehen. Wie aus einer Stellungnahme des RWTH-Kanzlers Kessler vom 19.11.97 hervorgeht, begreift die RWTH-Leitung schon den einfachen Protest als eine massive Störung des Forschungsbetriebes.

Die Angeklagten fordern weiter:

- Sofortiger Abbruch aller gentechnischen Freisetzungs- und Laborversuche! - Kein Patent auf Leben! - Schluß mit der Kriminalisierung des Widerstands gegen unmenschliche Lebensbedingungen!

¡Ya basta!

(Erklärung der Angeklagten zum Ausgang des Prozesses am 25. 11.97, Kontakt: c/o Fachschaft I/1 der RWTH Aachen, 52056 Aachen)

Aachener „GenRüben-Prozeß" auf Staatskosten eingestellt!

Staatsanwalt gibt auf!

Aus der Prozeßerklärung vom 12.11.

Gentechnik in der Landwirtschaft allgemein

Durch die Arbeit mit rekombinierten Pflanzen, heißt es, wird demnächst ein „Quantensprung zur Ernährungssicherheit" geleistet. Ganz sicher wird auf jeden Fall mit der Gentechnik i.d.L. ein weiterer Schritt in Richtung Erhaltung der Profitsicherheit für einige Konzerne wie Bayer, Hoechst, Schering, BASF, Monsanto, Nestle unternommen. Dafür werden Menschen in Abhängigkeitsverhältnisse gedrängt. Nicht abschätzbare Risiken für Umwelt und Menschen werden einfach heruntergespielt und beiseite geschoben.

Von ForscherInnen wird immer wieder gerne behauptet, durch genetische Anpassung von Nutzpflanzen an klimatische Bedingungen könnte Ernteausfälle - verursacht durch Dürre beispielsweise - vermieden, Ernteerträge gesteigert werden. Tatsächlich liefert diese oberflächliche Betrachtungsweise allerdings die Legitimation für die Erforschung der Möglichkeiten, bestimmte landwirtschaftliche Nutzpflanzen gegen Unkrautvernichtungsmittel der Kategorie von Roundup oder Basta resistent zu machen.

Im Zuge dieser Forschung patentieren Firmen die genetischen Codes von Pflanzen, um später folgende Gewinne daraus abzusichern. Den Bauern und Bäuerinnen im Trikont wird verunmöglicht, weiterhin ihr eigenes Saatgut zu züchten, da dies nun dem Besitzanspruch einzelner Saatgut- und Chemiefirmen untersteht. Sie sind gezwungen, fortan ihr Saatgut bei den entsprechenden Konzernen zu kaufen. Damit geraten sie in die Abhängigkeit von diesen Konzernen und von KreditgeberInnen. Bislang mehr oder weniger unabhängige Bauern und Bäuerinnen im Süden werden auf diesem Weg massiv in ihrer Existenz bedroht. Damit verbunden wird das Wissen über traditionelle Landbaumethoden inklusive der dazugehörigen Pflanzenvielfalt zerstört. An klimatische Bedingungen angepaßte Kulturpflanzen werden also erst mal zum Verschwinden gebracht, damit nachher welche aus den Genlabors verkauft werden können.

Mit der Einführung der Gentechnik in die Landwirtschaft werden die alten Fehler der sog. grünen Revolution weiter fortgesetzt und verstärkt. Für viele Menschen (im Trikont) heißt das konkret: Verreibung aus ländlichen Gebieten in eine unsichere Existenz in den Slums der Städte. Für das Land heißt das: Vergiftung der Böden und des Grundwassers durch chemische Düngemittel und Pflanzenschutzmittel sowie Bodenerosion durch Überbeanspruchung.

Oft argumentieren BiotechnikerInnen, durch genetische Manipulationen an Kulturpflanzen würde der Chemieeinsatz in der Landwirtschaft reduziert werden. Zukünftig müsse nämlich nur noch ein einziges Allroundmittel verwendet werden, wo bisher diverse Mittel nebeneinander eingesetzt werden. Es ist aber jetzt schon absehbar, daß der Chemieeinsatz nicht verringert werden wird. Denn wenn eine Kulturpflanze resistent gemacht ist gegen ein Totalhebizid, kann dieses Gift in beliebiger Menge benutzt werden, da es ja den Pflanzen „nicht schadet". Allerdings entwickeln gelegentlich auch einzelne Wildkräuter, die bekämpft werden sollen, passende Resistenzen und überleben. Das wird in der Regel mit dem erhöhten Einsatz entsprechender Mittel quittiert. Somit zeichnet sich also der rühmliche Verdienst der Gentechnik ab, daß Pflanzen, Böden, Grundwasser und am Ende das Essen in Zukunft nur noch durch einige wenige Chemikalien vergiftet werden, die sich dann unter der Kontrolle einiger weniger Konzerne befinden, daß nur noch von einigen wenigen abkassiert werden wird; aber dafür um so gründlicher. Bis dahin werden möglicherweise auch die „Nebenwirkungen" gentechnischer Manipulationen für die Natur und für die Menschen erahnbar.

Zurückholbar sind diese Folgen nicht. Soviel zumindest ist jetzt schon klar.

Ernteausfälle in den Ländern des Südens werden durch Gentechnik genauso wenig vermieden wie durch die sog. grüne Revolution. Genau wie durch sie werden aber durch den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft Abhängigkeiten und Armut des größten Teils der Menschen noch verstärkt werden.

Diese Abhängigkeiten sind gewollt. Die miserablen Lebensbedingungen der betroffenen Menschen werden zumindest bewußt in Kauf genommen. Hier geht es nämlich um Absicherung und Steigerung von Profiten. Dieser Politik wird durch die Regierungen im Norden und im Süden der Rücken gestärkt. Von denen zu erwarten, sie seien an der Veränderung HERRschenden Verhältnisse interessiert, ist einfach lächerlich.

Einige 100tausend Bauern und Bäuerinnen in Indien haben vor ein paar Jahren gezeigt, daß es möglich ist, sich selbst gegen die menschenverachtenden Praktiken der ProfiteurInnen zu wehren. Sie schmissen den weltweit führenden Saatgutkonzern kurzerhand aus Indien raus, indem sie klarstellten, daß die indische Konzernzentrale in Wirklichkeit ein Müllhaufen ist. Der Erfolg dieser Menschen wurde überall rund um die Erde gefeiert.

Vor zweieinhalb Jahren feierten in Aachen einige Menschen den Rausschmiß von Bartschs Versuch mit gentechnisch veränderten Rüben aus Aachen. Die ganze Angelegenheit hier ist zwar en paar deutliche Nummern kleiner, aber trotzdem ein lieber Gruß an die Menschen in Indien und alle, die versuchen, sich gegen unmenschliche Lebensbedingungen zu wehren.



Nassar Ibrahim, Journalist der Zeitschrift der PFLP „Al HADAF", in Berlin am 12.11.97

Zur aktuellen Situation der politischen Gefangenen in Palästina

Liebe Freunde,
zuerst bedanke ich mich bei der Gruppe „Freunde und Freundinnen der politischen Gefangenen in der BRD", die mein Treffen mit euch ermöglicht hat. Bei dieser Gelegenheit möchte ich solidarische Grüße an die politischen Gefangenen in der BRD und in der Welt richten.

Die Lage der palästinensischen Gefangenen in den israelischen Gefängnissen spiegelt das Leiden des palästinensischen Volkes unter der Besatzung wieder. Manche von ihnen sitzen seit mehr als 23 Jahren im Gefängnis, andere wurden als Schüler vor langen Jahren verhaftet und sitzen heute noch hinter Gittern. Die Geschichte jedes palästinensischen Gefangenen ist die Geschichte einer ganzen Familie. Man kann sich das Ausmaß dieses Leidens vorstellen, wenn man weiß, daß mehr als 350.000 Palästinenser seit 1967 mindestens einmal verhaftet worden sind.

Ich werde meinen Vortrag auf die Lage der palästinensischen Gefangenen nach Oslo beschränken. 3.000 palästinensische und arabische Gefangene sitzen zur Zeit in den israelischen Gefängnissen. Unter ihnen befinden sich 234 in Administrativhaft, das bedeutet, daß sie ohne Anklage in Haft sitzen, wobei ihre Haft alle sechs Monate verlängert werden kann. Manche sitzen seit den Jahren 1991 in Administrativhaft. Unter den Gefangenen befinden sich auch 150 junge, die unter 18 Jahre alt sind. Die 3.000 Gefangene sind auf zwölf Gefängnisse verteilt. Die größten Gefängnisse sind Ashkalon, Nafhar und Majiddo. Es gibt viele weitere Gefangene, über deren genaue Zahl wir nichts wissen, weil sie sich in Isolationshaft oder in Ermittlungsräumen befinden, wo weder Familien noch Rechtsanwälte Kontakt zu ihnen bekommen oder etwas über sie erfahren können.

1994 war zwischen Israel und der PLO vereinbart worden, daß Israel 5.000 Gefangene innerhalb eines Monats nach Unterzeichnung des Abkommens freiläßt. Aber Israel hat im ersten Jahr nur 3.500 freigelassen, von denen die Mehrzahl Strafgefangene waren oder politische Gefangene, die kurz vor dem Ende ihrer Haft standen. Die Bedingung für ihre Freilassung war, daß jeder Gefangene ein Dokument unterzeichnen sollte, in dem er dem Terror abschwört und sich verpflichtet, keine Gewalt anzuwenden und den sogenannten Friedensprozeß zu unterstützen. Die Gefangenen haben dieses Dokument als billige Erpressung verstanden und lehnten die Unterzeichnung ab.

Israel unterteilt die Gefangenen in mehrere Gruppen: in Gegner und Befürworter des sogenannten Friedensprozesses sowie in diejenigen, die Israelis getötet haben, und diejenigen, die keine Israelis getötet haben. Die zweite Bedingung für die Freilassung der Gefangenen war, daß die Autonomiebehörde die für Israel arbeitenden palästinensischen Agenten amnestiert. Diese Bedingung hat große Aufregung im palästinensischen Volk hervorgerufen, weil dies ein sehr sensibles Thema ist.

Nach dem Abzug der Israelis aus den palästinensischen Innenstädten hat Israel alle Gefangenen aus der Westbank und aus Gaza in weit abgelegene Gebiete verlegt, die unter israelischer Kontrolle stehen. Dies stellt einen Verstoß gegen internationale Abkommen dar. Diese Verlegung hat die Besuche von Familienangehörigen, die sowieso nur selten zugelassen werden und nicht mehr als 45 Minuten dauern dürfen, erheblich erschwert. Oft werden die Besuche für längere Zeit nicht erlaubt, besonders wenn Gaza und Westbank abgeriegelt werden. Seit zwei Jahren dürfen Rechtsanwälte aus Gaza ihre Mandanten nicht kontaktieren, was bedeutet, daß die israelischen Militärgerichte ihre Beschlüsse unter Mißachtung der eigenen Gesetze fällen und ohne den Gefangenen die Möglichkeit zu geben, sich zu verteidigen.

Was die Folter anbetrifft, hat das höchste israelische Gericht im November 1996 zwei Beschlüsse erlassen, wonach es dem israelischen Geheimdienst Shabak erlaubt wird, körperlichen Druck anzuwenden: vor allem wird die Methode des extremen Schüttelns während der Vernehmung erlaubt, was oft zu Gehirnerschütterungen führt. Und so ist Israel der einzige Staat in der Welt, der Folter als offizielle Politik und mit gesetzlicher Deckung betreibt. Die Lebens- und Haftbedingungen der Gefangenen werden immer schlechter, auch dadurch, daß die Besatzungsmacht immer mit harten Angriffen gegen die Gefangenen vorgeht, wenn sie versuchen zu protestieren, um ihre Haftbedingungen zu verbessern.

Die meisten Gefängnisse sind ohne Heizung, obwohl viele in der Wüste liegen, wo es im Winter sehr kalt ist, wie zum Beispiel in den Gefängnissen Ashkalon, Nafhar und Majiddo. Die Menschenrechtsorganisationen haben für diese Gefängnisse Heizungen gefordert, aber Israel hat das mit der Be-

Die jW – links oder ostdeutsch?

In der Regel sind revolutionäre Bewegungen hier oder im Ausland in der hiesigen Presse Objekt von Hetze und Diffamierung. Nur wenige linke Zeitungen machen da eine Ausnahme. Zu denen gehörte bisher auch die Tageszeitung jungeWelt. Doch seit sich die Redaktion im Unklaren ist, ob die Zeitung ein linkes oder ostdeutsches Profil haben soll, hat Thema Gefangene und revolutionäre Bewegungen deutlich an Stellenwert verloren. Ein der Redaktion angebotenes Interview mit dem irischen Schriftsteller und Mitglied der Internationalen Untersuchungskommission zum Tod von Ulrike Meinhof Sean McGuffin wurde nicht abgedruckt. Damit hat sich die jW in diesem Fall am totalen Boykott der Presse beteiligt. Trotz breitgestreuter Einladungen erschienen auf der Pressekonferenz mit McGuffin zwei freie Journalisten. Bisher war kein Artikel abgedruckt. Kurz danach verweigerte das Ressort Interview in der jW den abdruckt eines vorher abgesprochenen Interviews mit dem palästinensischen Journalisten Nassar Ibrahim (PFLP). Begründet wurde dieser Nichtabdruck von der verantwortlichen Redakteurin Ulrike Schulz mit Ausflüchten und Unwahrheiten. Eine politische Auseinandersetzung lehnte sie ausdrücklich ab. Daß unter den LeserInnen der jW Interesse für die Themen vorhanden ist, zeigte sich nach dem Abdruck des Interview mit Christa Klar von der Angehörigengruppe. Es gab Briefe von LeserInnen. Wenn die jW ihren in der Abokampagne formulierten Anspruch einer linken Tageszeitung gerecht werden will, erwarten wir von ihr einen anderen Umgang mit Beiträgen zum Thema politische Gefangene/revolutionäre Bewegung. Wenn der Redaktion Beiträge / Interviews geliefert werden, kann erwartet werden, daß sie auch abgedruckt werden. *Peter Nowak*

P.S. Auf der einen Seite werden authentische Positionen wie die von Irmgard Möller und unserer Zeitung kriminalisiert, auf der anderen Seite unterschlägt die jungeWelt wichtige Beiträge. In der letzten Ausgabe haben wir das McGuffin-Interview abgedruckt. Wir finden es gut, die Politik der jungen Welt nicht widerstandslos hinzunehmen.

Setzt Euch doch mit der jW in Verbindung! *(Red.)*

gründung abgelehnt, daß die Heizung ein Sicherheitsrisiko darstellt, da die Gefangenen die Heizkörper als Mittel zur gegenseitigen Folterung oder zum Selbstmord benutzen könnten.

Das Essen ist quantitativ und qualitativ sehr schlecht. Die medizinische Situation ist katastrophal: Die Gefangenen müssen drei Monate warten, bis sie einem Arzt vorgeführt werden, und sie müssen, wenn die Israelis einen medizinischen Eingriff genehmigen, anschließend mehr als ein Jahr auf die Operation warten. Es gibt keine Medikamente, und man bekommt höchstens Schmerzmittel. Die Familien dürfen keine Medikamente schicken. Insgesamt gibt es ca. 500 Gefangene, die unter chronischen Krankheiten leiden. Gemäß dem Abkommen sollten die kranken Gefangenen entlassen werden, aber Israel hat sich in diesem Punkt nicht an die Vereinbarungen gehalten.

Dies war ein schneller und konzentrierter Überblick über die Situation der palästinensischen und arabischen Gefangenen in den israelischen Gefängnissen. Ich möchte noch ergänzen, daß die Israelis die Gefangenen als eine politische Karte zur Erpressung benutzt; daher lassen sie keinen Gefangenen frei, ohne daß sie dafür eine Gegenleistung bekommen.

Das palästinensische Volk in Gaza und Westbank leidet oft unter der israelischen Abriegelung der Gebiete, die manchmal sogar mehrere Monate andauert. Diese Realität führt zu der Frage: Wollen die USA und Israel in Wirklichkeit Frieden, und was verstehen sie unter Frieden. Man kann sagen, daß die Lebensbedingungen des palästinensischen Volkes seit der Unterzeichnung des Osloer Abkommens nur schlechter geworden sind. Israel setzt seine terroristische Siedlungspolitik fort.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf folgende Punkte hinweisen. Erstens: Israel hat die geographische Einheit von Gaza und Westbank zerstückelt und daraus die Gebiete A, B und C gemacht, die von Zeit zu Zeit unter der strikten israelischen Blockade leiden. Zweitens: Nach Oslo beschleunigte sich die Siedlungspolitik der Israelis - besonders in Jerusalem und Umgebung. Drittens: Israel lehnt immer noch die Anerkennung der palästinensischen Rechte ab, vor allem das Selbstbestimmungsrecht, das Recht auf Rückkehr und das Recht auf einen eigenen Staat. Viertens: Israel lehnt es ab, Jerusalem als besetzte Stadt zu betrachten, und erklärt statt dessen Jerusalem auf Ewigkeit zur israelischen Hauptstadt. Fünftens: Israel hat die Kontrolle über die palästinensische Ökonomie und bindet diese an ihre eigene Ökonomie und verhindert so die Entstehung einer eigenständigen palästinensischen Ökonomie. Sechstens: Israel versucht ständig, die Widersprüche in der palästinensischen Gesellschaft zur Explosion zu bringen - in der Hoffnung, einen Bürgerkrieg zu verursachen.

Dies waren einige Beispiele für die israelische Praxis, die immer bei den USA Unterstützung findet. Die USA behaupten, eine gerechte Vermittlerrolle in dem sogenannten Friedensprozeß zu spielen. In Wirklichkeit sind sie und waren sie immer ein Partner der israelischen Aggressionspolitik. Die USA und Israel haben ihr gemeinsames Projekt für den Nahen Osten, und deshalb wird von seiten der USA kein Druck auf Israel ausgeübt. Im Gegenteil: Israel erhält sieben Milliarden Dollar an Wirtschafts- und Militärhilfe von den USA.

Bevor ich meinen Vortrag beende, möchte ich kurz auf die gescheiterte Politik der palästinensischen Autonomiebehörde unter Führung von Arafat eingehen. Die Arafat-Führung setzt ihre Zugeständnisse zugunsten von Israel ständig fort, was die Lage für die palästinensische Bevölkerung noch zusätzlich verschlimmert. Hinzu kommt noch die Korruption und die Verletzung der Menschenrechte durch die palästinensischen Sicherheitsapparate, was die palästinensischen BürgerInnen in die Zange nimmt zwischen der Politik des Verzichts auf die nationalen Rechte seitens Arafat und der Unterdrückung durch die Autonomiebehörde.

Ich werde mich hier auf diese kurzen Bemerkungen beschränken, damit Platz für die Diskussion bleibt. Aber vorher möchte ich mich bei Euch bedanken und möchte Euch sagen, daß das palästinensische Volk sowie seine kämpfenden Kräfte euch für eure Solidarität danken; und sie sagen auch, daß ihre Herzen mit euch und mit euren Gefangenen und allen Gefangenen und für die Freiheit und Fortschritt der Kämpfenden schlagen; und wir betrachten die Angelegenheiten der Gefangenen als unsere, und wir werden nie vergessen, daß sie einst auf unserer Seite in unserem Kampf standen.

Wir drucken einige Passagen aus dem nicht veröffentlichten jW-Interview mit Nassar Ibrahim ab:

? Zählen Sie auch Mitglieder der Hamas und anderer islamischer Organisationen zu den politischen Gefangenen?
Die Gefangenen aus den islamischen Organisationen sind auch politische Gefangene, die aufgrund ihres Widerstands gegen die israelische Besatzung inhaftiert und gefoltert werden.
(...)
? Sieht die säkulare, linke PFLP in dem Anwachsen von islamischen Organisationen wie Hamas nicht eine große Gefahr?
Wir stehen mit den islamischen Organisationen in einem ideologischen Konflikt. Die palästinensische Bevölkerung befindet sich im Moment in der Phase der nationalen Befreiung. Für uns als Linke ist der Hauptwiderspruch die israelische Besatzung. In diesem Punkt sind wir einig mit den islamischen Organisationen, solange sie ebenfalls gegen die Besatzung kämpfen. Das bedeutet nicht, daß wir nicht in fast allen anderen Bereichen große Widersprüche mit den Islamisten hätten, was zum Beispiel die soziale Frage, die Stellung der Frau in der Gesellschaft und vieles andere angeht.

Dringender Appell für die Freilassung der Palästinenserin Etaf Aliyan

Etaf Aliyan (35 Jahre) aus Doha in der Region Bethlehem ist seit dem 20. Oktober 1997 im israelischen Navch Tirza Gefängnis inhaftiert. Sie ist, ohne einen Haftgrund anzugeben und ohne Anklage, für drei Monate unter Administrativ-Haft gestellt worden. Etaf ist erst im Februar diesen Jahres, auf Grund von Vereinbarungen, die Teil des Oslo-Abkommens sind, aus israelischer Haft entlassen worden. Sie wurde während einer Fahrt mit einer palästinensischen Buslinie von Bethlehem nach Abu-Dis (beide Städte stehen unter palästinensischer Verwaltung) erneut verhaftet. Die Fahrtroute der Buslinie führt durch Dörfer, die auf rund von Interims-Regelungen, die ebenfalls Teil des Oslo-Abkommens sind, noch unter der Kontrolle israelischer „Sicherheitskräfte" stehen. So war es für die Israelis ein Leichtes, den Bus an einem der vielen israelischen Militär-Checkpoints zu stoppen und Etaf ohne Angabe von Gründen zu entführen. Sie wurde auf israelisches Staatsgebiet verschleppt und dort in Adminstrativ-Haft genommen.
Etaf begann schon am ersten Tag ihrer Verhaftung mit einem Hungerstreik, den sie bis zu ihrer Freilassung weiterführen will. Mit diesem Hungerstreik protestiert sie gegen die Praxis der ungerechten und illegalen Festnahmen auf der Grundlage israelischer Militärgesetzgebung. Der Hungerstreik, den sie seit jetzt einem Monat durchhält, zehrt stark an ihrer Gesundheit, so daß sie mittlerweile so sehr geschwächt ist, daß Lebensgefahr besteht.
Menschen, die in Administrativ-Haft genommen werden, sind faktisch rechtlos. So wie oben schon erwähnt, müssen für eine Verhaftung keine Gründe angegeben werden, was darauf beruht, daß die Administrativ-Haftbestimmungen Teil des israelischen Militärrechts sind. Die Haftbefehle basieren auf unzugänglichen Informationen, die weder von der inhaftierten Person noch von Anwälten eingefordert werden können. Es ist zwar möglich, sich an die Militärgerichtsbarkeit zu wenden, doch müssen die Gerichte die als Haftbegründung vorliegenden Informationen nicht weitergeben. Unter diesen Bedingungen sind keine fairen Verfahren möglich. Außerdem kann die Administrativ-Haft, die eigentlich nur begrenzt auf 6 Monate angeordnet werden kann, jederzeit willkürlich verlängert werden.

Fordert die Freilassung von Etaf Aliyan (I.D. 97973047), schreibt oder faxt an folgende Adressen:
Israelische Botschaft in der BRD, Fax (02 28) 9 34 65 55

Der türkische Justizminister Oltan Sungurlu will Isolationsgefängnisse nach Stammheimer Muster in der Türkei einführen

Folgernder Bericht entstand in Gesprächen mit Vertreterinnen des Menschenrechtsvereins IHD am Rande des Friedenszuges Musa Anter im August 1997 und stützt sich weiter auf die Zeitungen Denge Kurdistane, Ülkede Gündem und Atilim.

Auf Beschluß des Nationalen Sicherheitsrats MGK vom 28. Februar 97 plant der Justizminister, Oltan Sungurlu, Isolationsgefängnisse nach Stammheimer Muster für die politischen Gefangenen in der Türkei und in Kurdistan. Der Tageszeitung Ülkede Gündem ein offizieller Bericht der Türkei für die 12. Konferenz der Gefängnisdirektoren Europas, die vom 26. bis 28. November 1997 in Strasbourg stattfindet, zugespielt. Darin wird festgestellt, daß am 31. Dezember 1996 in der Türkei 30.411 Personen in Haft waren, von denen 8.745 als „Terrorstraftäter" bezeichnet wurden. In dem Bericht wird bedauert, daß aufgrund der großen Zahl von Gefangenen in der Türkei noch immer das Großzellensystem existiert, daß „ein förderliches Klima für Straftaten politischer Gefangener" biete.

Deshalb sollen zehn neue Gefängnisse mit 500 Plätzen in Einzel-, Zweier, - und Dreierzellen gebaut werden, u.a. zwei in Diyarbakir und zwei in Denizli. Pilotprojekte mit kleinen Gefängniszellen sind für Nigde, Budur, Afyon, Amasya und Nevsehir vorgesehen. An der Landstraße Diyarbakir-Ergani wurde bereits der Bau eines Spezialgefängnisses mit 40 Isolationszellen begonnen. Rechtsanwalt Narin vom Rechtsberatungsbüro des Volkes erklärte, daß im Gefängnis Ceyhan in vier Blocks mit dem Umbau in Einzelisolationszellen begonnen wurde und der Umbau in Amasya und Samsun schon fertig sei. In Amasya gibt es jetzt 70 Isolationszellen mit isolierten und mit Fliegendraht vergitterten Höfen, so daß die Gefangenen auch beim Hofgang isoliert werden können. Unterdessen sind von 46 Gefängnissen entsprechende Bauarbeiten gemeldet worden. In den Gefängnissen in Cankiri und Usak sind bereits 127 Kleinzellen fertiggestellt, in die Gefangenen bald verlegt werden. In Aydin, Ceyhan, Urfa, Elbistan, Diyarbakir, Maras, Kürkcüler und Nazilli wird gegen den Widerstand der Gefangenen weiter gebaut. In Yozgat, Ordu, Giresun und Trabzon sind ebenfalls Kleinzellen eingerichtet worden. Die Gefängnisleitung versucht Schlägereien unter den Gefangenen zu provozieren, um sie danach in die Kleinzellen einsperren zu können. Außerdem will das Justizministerium „spezielle psychologische Erziehungsprogramme" ausarbeiten.

Unsere Gesprächspartnerinnen führten dazu weiter aus: „Der Staat will Isolationshaft erst mal in Gefängnissen einführen, die in Orten liegen, in denen mit wenig Widerstand und Opposition gerechnet werden muß. In den Metropolen wie Istanbul oder anderen Großstädten sind die gesellschaftlichen Massenorganisationen und auch die politischen Gefangenen in der Lage, sich sofort dagegen zu wehren."

Im Frühjahr 1996 gab es in den türkischen Gefängnissen einen 70 Tage andauernden Hungerstreik, in dem die Gefangenen gegen die unerträglichen Haftbedingungen, die Folter und für ihre elementaren Rechte kämpften. In dessen Verlauf sind zwölf Gefangene gestorben, bevor die Erfüllung ihrer Forderungen durchgesetzt wurde. Erst vor ein paar Wochen sind zwei weitere Gefangene an den Folgen des Hungerstreiks gestorben.


Stammheim

Über 20 Gefangene sind noch immer an den Folgen des Hungerstreiks schwer erkrankt und in Lebensgefahr. Die mit dem Todesfasten erkämpften Rechte der politischen Gefangenen sind erneut in Gefahr. Dazu eine Vertreterin des IHD: „Obwohl die Forderungen der Gefangenen anerkannt worden sind, haben sich die Angriffe gegenüber den Gefangenen verstärkt. Der Staat gibt vor, daß sich in den Gefängnissen alles verbessert hat, es gäbe keine Folter mehr, aber es gibt immer noch die Folter, die Gefangenen werden wieder angegriffen, und die Androhung der Isolationshaft ist jetzt im Moment das Hauptthema."

„In diesem Zusammenhang will ich darauf hinweisen, was das heißt, wenn ein Häftling in Isolationshaft in eine Einzelzelle kommt. Letztes Jahr fand am 25. September ein Anschlag auf die Gefangenen im Gefängnis in Diyarbakir statt fand, bei dem zehn Häftlinge an starken Kopfverletzungen starben. Würde die Isolationshaft eingeführt, heißt das für jeden Häftling automatisch die Bedrohung mit dem Tod. Denn er kann sich dann gegen nichts wehren, physisch oder psychisch, er ist dann dem Staat, dem Militär ausgeliefert. Deshalb wollen sich die Häftlinge auf keinen Fall auseinanderreißen lassen."

Zu dem eben genannten lebensnotwendigen Schutz der Gefangenen gegen Überfälle und Folter durch die Sicherheitskräfte, der ihnen nur in der Gemeinschaft der Gefangenen gewährleistet ist, kommen weitere Gründe, weshalb die Gefangenen um den Erhalt ihrer bislang erkämpften Haftbedingungen kämpfen werden. Diese wurden uns wie folgt beschrieben: „Die Kollektive der politischen Gefangenen in den Gefängnissen sehen so aus, daß von jeder Organisation der politischen Gefangenen ein gemeinschaftliches Zusammenleben besteht. Es gibt ein großes Solidaritätsgefühl unter den Gefangenen und zusammen sind sie stark. Zusammen können sie auch Gedanken austauschen, diskutieren, Perspektiven entwickeln, politische Ideen, politische Theorien aufbauen. Es sind ca. 20 Personen, die in großen Zellen zusammen schlafen, gemeinschaftlich essen und auch gemeinsam Fernsehen. Sie machen auch Seminare, Diskussionsveranstaltungen, kulturelle Veranstaltungen und führen verschiedene Arten an Sport durch. Also man kann sagen, daß das Gemeinschaftsleben der Gefangenen in den Gefängnissen sehr gut ist. Um diese Gemein-

schaft zu zerstören, will der Staat diese Einzelhaft durchsetzen. Und Ihr müßt folgendes sehen: Wenn der Staat angreift, z.B. in Kurdistan einen verstärkten Angriff im schmutzigen Krieg gegenüber der kurdischen Bevölkerung durchführt, oder im Westen der Türkei gegenüber der demokratischen Opposition, dann versuchen auch die Gefangenen in den Gefängnissen dagegen eine Kampffront aufzubauen." Also gemeinsam, - innerhalb und außerhalb der Gefängnisse - versucht man sich gegen Angriffe zu wehren. So war z.B. auch eine Forderung der Gefangenen im Hungerstreik 1996 die Beendigung des schmutzigen Krieges in Kurdistan..

„Gemeinschaftlich können sie das auch. Das ist unheimlich wichtig, und Ihr müßt Euch auch vorstellen, daß z.B. ein ganz junger Mensch, der vielleicht ganz neu in der Bewegung ist und sich für Menschenrechte einsetzt, kann Gefängnis in Isolationshaft sofort eingeschüchtert, aber in der Gemeinschaft kann er gestärkt werden. In der Gemeinschaft können die Gefangenen gemeinsam Widerstände aufbauen, sich wehren. Aber gleichzeitig - und das ist das Wichtigste - bedeutet es einen Schutz, um überhaupt zu überleben. Ansonsten ist es so, daß das jahrelang Gefangensein zu psychischen Störungen und Krankheiten führt. Nur durch ihr gemeinschaftliches Leben können sich die Gefangenen gegenseitig helfen, um überhaupt irgendwie auf den Beinen zu bleiben. Und sie sind dabei gemeinsam auch sehr stark."

„In der Öffentlichkeit haben die Politiker erklärt, daß es auch in Deutschland, und in anderen europäischen Ländern die Isolationshaft gibt, und dort gäbe es auch keinen Widerstand dagegen, die Leute seien dort alle zufrieden in den Gefängnissen, warum dann hier diese Unzufriedenheit. Sie wollen damit sagen, schaut mal in Deutschland gibt es eine Demokratie, und in einer Demokratie kann man das auch machen, aber wir wissen, daß es darum geht die Gefangenen einzuschüchtern und die Gefangenen durch Gewalt und die Einzelhaft zur Zusammenarbeit mit der Polizei zu bringen."

„Die Gefangenen haben gegen die Einführung der Isolationshaft bereits ihre Stimme an die Öffentlichkeit erhoben, um den Staat darauf aufmerksam zu machen, daß wenn er die Isolationsmaßnahmen durchführt, die Gefangenen durch verschiedenen Widerstand in den Gefängnissen die Kämpfe fortführen werden. So haben die Gefangenen bereits drei Tage lang einen Hungerstreik durchgeführt, um darauf hinzuweisen, daß sie weitermachen werden, wenn der Staat an der Isolationshaft festhält."

Erst vor kurzem kam es in den Gefängnissen in Elazig und in Malatya zu über einen Monat andauernden Hungerstreiks gegen die unmenschlichen Haftbedingungen und Isolationshaft, die, nach dem Einigungen erzielt werden konnten, beendet wurden. „Wir befürchten, wenn die Hungerstreikaktionen sich vertiefen und ausweiten werden im ganzen Lande, wird es bald zu einer Welle von Todesfällen kommen. Wir wollen nicht, daß es noch mal zu Todesfällen kommt, aber es sieht so aus, und von Seiten der Häftlinge wird uns das gesagt: Wenn der Staat nicht offiziell ankündigt, daß er von der Einführung der Isolationshaft absieht, dann werden sie mit den Hungerstreiks fortfahren, und in alle Gefängnissen werden sie dann durchgeführt.

Deshalb ist es natürlich wichtig in internationalem Rahmen die Gefangenen im Kampf gegen die Isolationshaft zu unterstützen."

Der IHD hat in allen Provinzen und Städten Berichte herausgebracht, in denen beschrieben wird, was es für jeden Häftling, für die Angehörigen, aber auch, was es für den Staat heißt, wenn die Isolationshaft eingeführt wird. Sie versuchen mit den zuständigen Behörden zu verhandeln, wobei bislang jegliche Vorschläge von humanistischen Organisationen abgelehnt wurden. Die Anwaltskammern, die Menschenrechtsvereine IHD, der Verband fortschrittlicher Juristen CHD, die Angehörigen der Gefangenen TIYAD, die Stiftung gesellschaftlicher Rechtsforscher der kurdischen Juristen TOHAV und weitere kurdische Einrichtungen und außerparlamentarische Organisationen, die an der Basis arbeiten, protestieren gegen die Einführung der Isolationshaft.

Der Verein der Angehörigen der politischen Gefangenen TIYAD in Marmara wurde willkürlich durch den Gouverneur am 10. Juni verboten. Am 15. Juli durchsuchte die Polizei die Wohnungen von Mitgliedern und nahm sie fest. *(B., aus: Kurdistan-Rundbrief)*

Informationszentrum für Freie Völker

Polizeirazzia und Beschlagnahmungen

Wir, die MitarbeiterInnen und BesucherInnen des Informationszentrums erhielten erneut einen unangenehmen Besuch von deutschen Sicherheitskräften. Gegen 9.30 Uhr (25.11.) drangen etwa 30 Polizisten, darunter Zivilpolizisten und ein Staatsanwalt, in unser Pressebüro ein. Wie auch während der letzten Durchsuchung mußten sich die hier befindlichen Personen stundenlang in einem Raum aufhalten ... Zur Beobachtung während der Durchsuchung der Räume, die gleichzeitig durchgeführt wurde, ließ man lediglich eine Person zu. Eine hier anwesende Frau, deren Reisepaß zur Überprüfung nicht ausreichte, wurde aufs Kölner Polizeipräsidium mitgenommen. Inzwischen wurde sie freigelassen.

Bis 14.20 Uhr befanden sich noch etwa 12 Polizisten innerhalb des Gebäudes. Alle unserer Computer wurden von den übrigen Beamten beschlagnahmt. Ein einziger Computer blieb zurück, damit wir „weiterarbeiten können". Jedoch ist ihnen auch klar, daß, wenn der Hauptcomputer fehlt, auch auf diesem keine Dateien geöffnet werden können. Auch waren sie sich nicht im klaren darüber, ob diese in „einigen Tagen", „einer Woche" oder in „zwei Wochen" freigegeben werden.

Die Durchsuchung wurde unter dem Vorwand eingeräumt, daß von hier aus die Zeitung Kurtulus verteilt werden würde. Hier in Deutschland werden alle undemokratischen Mitteln eingesetzt, um die Herausgabe und den Vertrieb dieser legitimen Zeitung lahmzulegen, obwohl sie sogar in einem Land wie der Türkei legal erscheint. Es wird Schritt für Schritt versucht ,ein Verbot der Kurtulus in Deutschland einzuräumen.

Ungefähr 700 Kurtulus-Zeitungen und unsere wichtigste Ausrüstung, die Computer, wurden unter Beschlag genommen.

Hierzu sagen wir nur: „Wir lassen uns nicht von den staatlichen Behörden schikanieren, einschüchtern und provozieren! Uns wird man mit solchen willkürlichen Methoden nicht an der Arbeit hindern können! Wir stehen zu unserer Arbeit, denn sie ist LEGITIM! Hoch die internationale Solidarität!"

Wir fordern „auch hier in Deutschland" freie Ausübung der Pressetätigkeit und bitten um breite Unterstützung.

Für Proteste: Polizeipräsidium Köln Kriminalabteilung Fax: (00.49)-221-229 89 22

Zu diesem Vorgang erklärte prison Watch:
Uns liegen keinerlei Informationen vor, die grundsätzlich darauf hinweisen, daß die türkische Zeitung Kurtulus in der Bundesrepublik Deutschland verboten ist. Auch der Hinweis auf die 1983 verbotene Organisation Dev-Sol und die daraus entwickelte Folgerung einer Nachfolgeorganisation, die heute DHKP/C heißt, gibt nicht ausreichend Anhaltspunkte für ein Verbot der Zeitung. Folgende Fragen bedürfen dringend einer Klärung ...:

1. Seit wann, Datum und Jahr, ist die Zeitung Kurtulus in der Bundesrepublik Deutschland verboten? 2. Welches Gericht hat ein Verbot der Zeitung Kurtulus ausgesprochen? ... 4. Arbeiten deutsche Staatsschutzbehörden mit türkischen Behörden zusammen? 5. Auf welcher Ebene findet die Zusammenarbeit statt? 6. Hat der Informationsaustausch mit türkischen Behörden zu der Durchsuchung am 25.11.97 geführt? ...

Türkei: Die Chefredakteurin der Zeitung Kurtulus Ayten Öztürk wurde am 13. Oktober 1997 auf Anweisung des Staatssicherheitsgerichts in Ankara verhaftet. Die Journalistin wird der „Leitung einer Organisation" nach Paragraph 168/1 beschuldigt. Obwohl ihr konkretes 'Vergehen' die Herausgabe einer Sonderausgabe der Wochenzeitung Kurtulus ist, findet das Pressegesetz Nr. 3713 keine Anwendung. In gleicher Sache wurde bereits ein Prozeß vom Staatssicherheitsgericht in Istanbul eröffnet. Dort faßte das Gericht jedoch nach neuem Pressegesetz den Beschluß, die Verhandlungen auf drei Jahre aufzuschieben. Ankara ignorierte dieses Urteil und fordert für Ayten Öztürk eine Haftstrafe von 22,5 Jahren. Derzeit befindet sich die Journalistin in Untersuchungshaft.

„Euer eigenes Recht auf Information wird beschränkt!"

Die Verfügung der Hamburger Innenbehörde, dem Europavertreter der peruanischen MRTA, Isaac Velasco, einen Maulkorb zu verpassen, weil durch seine Äußerungen zur politischen und sozialen Situation in Peru die „Interessen der BRD verletzt" würden, richte sich nicht nur gegen ihn und den Kampf für Menschenrechte in seinem Heimatland, sondern, so der Betroffene auf einer Veranstaltung in der Hamburger „Hochschule für Wirtschaft und Politik" am 14.11., beträfe die Deutschen selbst: „Euer eigenes grundgesetzlich verbuchtes Recht auf Information wird damit beschränkt!"

Gegen die Verfügung, die kurz vor der Bürgerschaftswahl noch im Rahmen der Law-and-Order-wir-machen-es-mindestens-so-gut-wie-die-CDU-Kampagne des „Sozialdemokraten" Voscherau ausgesprochen worden war, hat der Anwalt Isaac Velascos, Hartmut Jacobi, Widerspruch eingelegt und somit eine vorübergehend aufschiebende Wirkung erreicht. Solange das Verfahren „schwebt" darf sich der in Hamburg als politischer Flüchtling Anerkannte also noch frei äußern, muß kein Vertreter der Innenbehörde - wie zu Zeiten der „Sozialistengesetze"- im Saal sitzen und jedes Wort protokollieren, um anschließend die entsprechenden Geld- oder Gefängnisstrafen aussprechen zu können. Für jede nicht genehme Äußerung 1.000 DM oder/und Erzwingungshaft.

Die mit einer Geiselaktion in der Japanischen Botschaft in Lima durch MRTA-Mitglieder und die Erläuterungen Isaac Velascos zu dieser Aktion angerüttelte Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit in Sachen peruanischer Fujimori-Diktatur ist dem bis zu diesem Zeitpunkt medienmäßig völlig unbekannten Europasprecher bereits mit „zweimal Lebenslänglich u.a. wegen Landesverrats" von Peru aus heimgezahlt worden. Nachdem die Bundesregierung aber wohl taktische Skrupel hatte, einem Ansinnen des an der langen Leine der USA und Japans hängenden peruanischen Diktators auf Kaltstellung der Stimme der linken Opposition eines der ärmsten reichsten Länder Lateinamerikas nachzugeben, sprang die reichste Stadt Europas, die Hanse- und Handelsstadt Hamburg, für alle bedrohten ProfitmacherInnen der in Peru absahnenden internationalen Konzerne und Konsortien in die Bresche. Shell z.B., Ford, Toyota, Nissan, aber auch Bayer-Leverkusen und Mercedes zählen dazu.

Juristische Grundlage für den Maulkorb gegen Isaac Velasco war diesmal das Ausländergesetz - in der BRD-Geschichte keineswegs das erste Mal, wie die Rechtsanwältin Gabriele Heinecke bei der Veranstaltung darlegte. Politische Betätigungsverbote für einzelne politische Flüchtlinge (nicht zu verwechseln mit Organisationsverboten) gab es in den unterschiedlichsten Varianten immer wieder mal. Und immer wurden sie auch mit der offenen Angst des Staates vor einer potentiellen Mobilisierbarkeit deutscher SystemgegnerInnen begründet. Die politischen Flüchtlinge aus dem Trikont sollten keinerlei Einfluß auf den oppositionellen Diskurs und Widerstand hier im Lande bekommen.

Im Redeverbotsbescheid I. Velascos „sind dessen Aussagen sinnentstellend und verfälscht interpretiert", erklärte G. Heinecke. So wurde z.B. aus der Aussage I. Velascos, daß er die ganze Zeit während der Besetzung der japanischen Botschaft in Lima Kontakt nach dort gehabt habe, geschlossen, er habe „die Geiselnahme mitbeschlossen". Und die Interessen der BRD, so der Bescheid, seien erheblich gefährdet, da I. Velasco in seinen Äußerungen die Geiselnahme gebilligt habe. Das müsse in Lateinamerika verwirren, denn die Äußerungen untergrüben die Haltung der BRD zu Menschenrechten. (Offenbar befürchtet man, der Sprecher der MRTA könne mit dem bundesdeutschen Regierungssprecher verwechselt werden, oder?). Hier, so G. Heinecke, sei das Recht auf freie Meinungsäußerung angetastet, und moralische Werte seien völlig „auf den Kopf gestellt". Denn „was ist Terror, was ist Gegenwehr?"



G. Heinecke: „Sondergesetze wie das Ausländergesetz richten sich erst gegen die sogenannten AusländerInnen und es geht dann in der Regel weiter gegen die Deutschen." Auch in diesem Fall: Christiane Schneider, Verantwortliche des „Angehörigen-Infos", ist ebenfalls von Strafe bedroht. Ihr wird die Veröffentlichung einer MRTA-Erklärung vorgeworfen. Dabei handelt es sich um die Darstellung von Vorfällen in peruanischen Gefängnissen, wo das Militär vollkommen willkürlich und sadistisch gegenüber den Gefangenen waltet.

Bei dem erneuten Verfahren gegen Ch. Schneider geht es um die pure Unterdrückung von Informationen. Unsere, die Pressefreiheit der BRD, steht zur Disposition. Das Verfahren gegen Ch. Schneider wird mit dem §140 Nr.2 StGB begründet - Billigung von Straftaten. Hier handele es sich eindeutig um einen reinen Einschüchterungsversuch, erklärte G. Heinecke. „Es gibt juristisch gesehen noch nicht mal einen Anfangsverdacht".

Und warum unterstützen Staaten wie die BRD, die schließlich die Menschenrechtskonvention unterschrieben haben, eine illegal herbeigeputschte Diktatur, die sämtliche demokratischen Rechte mit einem Streich außer Kraft und auf 70% des riesigen peruanischen Reiches (die BRD würde fast fünfmal darauf Platz finden) den permanenten Ausnahmezustand installiert hat? Isaac Velasco stellt die Frage und benennt die Gründe selbst: sie heißen u.a. Erdöl, Uran, Kupfer und andere Edelmetalle, überreiche landwirtschaftliche Anbauflächen und Fischgründe und nicht zuletzt Gold. Wenn die Europäer für alles bezahlen müßten, was sie sich unter den Nagel gerissen haben, wären die Auslandsschulden sämtlicher lateinamerikanischer Länder sofort getilgt und es bliebe noch ein erklecklicher Überschuß. Statt dessen verlassen immer noch jährlich allein 9 Tonnen

Achtung!

Der GNN-Verlag zieht Anfang Dezember um. Vom 8. Dezember haben wir eine neue Adresse, Telefon- und Faxnummer:

GNN-Verlag
Neuer Kamp 25
20359 Hamburg
Tel. (0 40) 43 18 88 20

Gold das Land.

„Früher, zur Zeit unserer Vorfahren, bevor die Spanier ins Land kamen, herrschte die hochentwickelte Inkakultur. Der Reichtum des Landes gehörte allen. Es gab keinen Hunger und keine Armut.“ Isaac Velasco nennt dies „eine Form primitiven Sozialismus“, an dessen Tradition auch bei einer Umgestaltung der peruanischen Gesellschaft hin zu einer wirklich demokratischen angeknüpft werden könne. „Aber dann wurde unser Reichtum unter den Kolonisatoren zu unserem Elend.“ Die spanischen Kolonialherren waren durch die USA und später auch Japan abgelöst worden. Selbstverständlich sahen auch deutsche Konzerne da nicht tatenlos zu. Als jedoch Anfang der 80er Jahre die Situation für die Kapitaleliten brenzlig zu werden schien, kündigte z.B. Bayer Leverkusen mal eben ungefähr 4.000 ArbeiterInnen und zog sich als Investor zurück.

Fujimori hat 1992 geputscht. Und wenn die Weltöffentlichkeit nichts wisse - von der Abschaffung aller demokratischen Rechte, den Todesschwadronen, den 30.000 sozialen Gefangenen, den 9.000 politischen (davon 458 von der MRTA), den Journalisten, die im Knast sitzen, den Ärzten, die der Anweisung Fujimoris, Verwundete in Auseinandersetzungen mit der Polizei nicht zu behandeln, nicht Folge leisteten, die dafür büßen müssen, daß sie ihren hyppokratischen Eid ernst nehmen, und wenn die Öffentlichkeit nichts davon wisse, daß es keine Gewerkschaften und keine anderen politischen Organisationen und Zusammenschlüsse geben darf, daß alle, auch diejenigen, die noch so schüchtern die Einhaltung von Menschenrechten einfordern, Terroristen genannt und damit potentiell zum Abschuß freigegeben werden - so müsse die Weltöffentlichkeit doch wissen, daß Fujimori geputscht und damit ohne Legitimation des Volkes die Macht übernommen hat. Aber während dies von den Vereinten Nationen z.B. bis heute noch nicht einmal verurteilt wurde, haben sie die Botschaftsbesetzung selbstverständlich als „terroristische Aktion“ verurteilt. Letztes Jahr wurde Fujimori u.a. in der Hamburger Handelskammer freundlich empfangen - und „Demokrat“ genannt. Er habe in Peru „mit dem Terrorismus aufgeräumt“ verlautbarte es. Jeder, der es sehen wollte, konnte bei dieser Art „Aufräumen“ wenig später am Fernseher dabeisein: um Mitternacht hiesiger Zeit stürmten Regierungssoldaten die besetzte Botschaft. Alle Mitglieder des MRTA-Kommandos wurden umgebracht. Fujimori ließ sich vor laufender Kamera als Kriegsheld und Feldherr auf einem Hocker bejubeln.

Weshalb die Menschenrechtsorganisationen in Peru selbst schweigen, sei verständlich, meinte I. Velasco: „Sie sind selbst als sogenannte Terroristen ermordet, verschwunden oder in Haft“. Weshalb aber die internationalen Menschenrechtsorganisationen angesichts all dessen ebenfalls schweigen, sei schwer zu verstehen. In Peru seien unter dem Ausnahmezustand Tausende völlig Unschuldiger in Haft gekommen. Man mache eine Kampagne für diejenigen, denen Mitgliedschaft in einer der verbotenen Organisationen vorgeworfen würde, die aber nie etwas mit diesen Organisationen zu tun gehabt hätten. Das neoliberale Anpassungsmodell (der „capitalismo savage“) führe zur Marginalisierung breiter Bevölkerungskreise. Ca. 49% müßten mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen. Gesellschaftliche Widersprüche werden mit brutaler Gewalt und Selektion „gelöst“. In für 1.000 Insassen konstruierten Gefängnissen sitzen bis zu 6.000 Menschen. Das Volk - der Terrorist schlechthin? Die Diktatur - die reinste Form kapitalistischer Demokratie? Politik pervers. -

Wer Interesse hat, in Hamburg in der Initiative „Kein Maulkorb für Isaac Velasco“ mitzumachen, kann immer dienstags um 20 Uhr in der B 5 (Brigittenstraße 5) zum Treffen kommen.

(Anita Friedetzky, Lokalberichte Hamburg)

Kommentar zum Maulkorberlaß der Hamburger Innenbehörde:

Will die GAL auch Kohls Wasserträger sein?

Der politische Streit um die Zulässigkeit von Sondergesetzen für AusländerInnen in Deutschland habe bereits vor 85 Jahren begonnen. Damals, so die Rechtsanwältin G. Heinecke in der HWP zum Maulkorbbeschluß der Hamburger Innenbehörde gegen Isaac Velasco, hätten die SozialdemokratInnen noch jegliche biologische Definition abgelehnt. Das Bewußtsein von Solidarität und notwendiger Abwehr einer leicht durchschaubaren Teile-und-herrsche-Politik war offenbar noch lebendig. Daß ein Maulkorberlaß gegen den Europasprecher der MRTA, einen ausgesprochen ernstzunehmenden Vertreter der peruanischen Opposition gegen die Fujimori-Diktatur, ausgerechnet in Hamburg und unter der Ägide eines SPD-Bürgermeisters ausgesprochen wird, macht klar, was aus der Sozialdemokratie inzwischen - seit der Bewilligung der Kriegskredite - geworden ist. Sich Illusionen hinzugeben, wäre fehl am Platze. Dennoch muß die neue Hamburger Koalition, die ja nunmehr auch von Bündnis/90-Grünen (der GAL nämlich) mitgetragen wird, sich fragen lassen, ob sie tatsächlich will, daß ausgerechnet hier und heute so offen für eine Diktatur und gegen sozialistische, d.h. kapitalismuskritische Opposition Partei ergriffen werden soll, ob die „Freie und Hansestadt Hamburg“ den Wasserträger für die Bundesregierung in Sachen Außen- und Innenpolitik machen will. Gegen einen Maulkorberlaß im Falle Isaac Velascos hatte es bereits vor dessen Verkündung eine breit angelegte Unterschriftenkampagne gegeben. U.a. der heutige Umweltsenator Alexander Porschke von der GAL hatte sich in einem Brief an den Hamburger Innensenator gegen das Betätigungsverbot ausgesprochen. Diese demokratische Öffentlichkeit wartet gespannt darauf, wie ernst sie nunmehr von den verantwortlichen Hamburger PolitikerInnen genommen wird, oder ob sich nach Bonn-Berliner Muster auf ihrem Votum für die Einhaltung von Grundrechten einfach ein Ei gebacken wird.

Herzlichen Glückwunsch

Am 8. Dezember hat *Martha Barabaß* Geburtstag. Wir gratulieren ihr ganz herzlich.

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postlagerkarte 05 02 05, 65929 Frankfurt / M. Erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Palmaille 24, 22767 Hamburg. V. i. S. d. P.: Christiane Schneider. **Redaktionsanschrift und Bestellungen**: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel.: (0 40) 38 13 93, Fax: (0 40) 3 89 83 31 (mit Empfängervermerk). Einzelpreis: 3,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 27,00 DM, ein Halbjahresförderabonnement 30,00 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 1,90 DM. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto: Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto-Nr. 1269/122 311. – Herstellung und Drucklegung: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. **Eigentumsvorbehalt**: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. **Spendenkonto der Angehörigen**: Sonderkonto Kiener, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 5454194. ***Redaktionsschluß für Nr. 201: So, 21.12.97***